

Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert: Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung 2005-2009

Pänke, Julian (Ed.); Schuch, Gereon (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Pänke, J., & Schuch, G. (Hrsg.). (2009). *Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert: Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung 2005-2009* (DGAP-Bericht, 15). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-129709>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPbericht

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Nº 15

August 2009

Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung 2005–2009

Herausgegeben von Julian Pänke und Gereon Schuch



Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung 2005–2009

Herausgegeben von Julian Pänke und Gereon Schuch

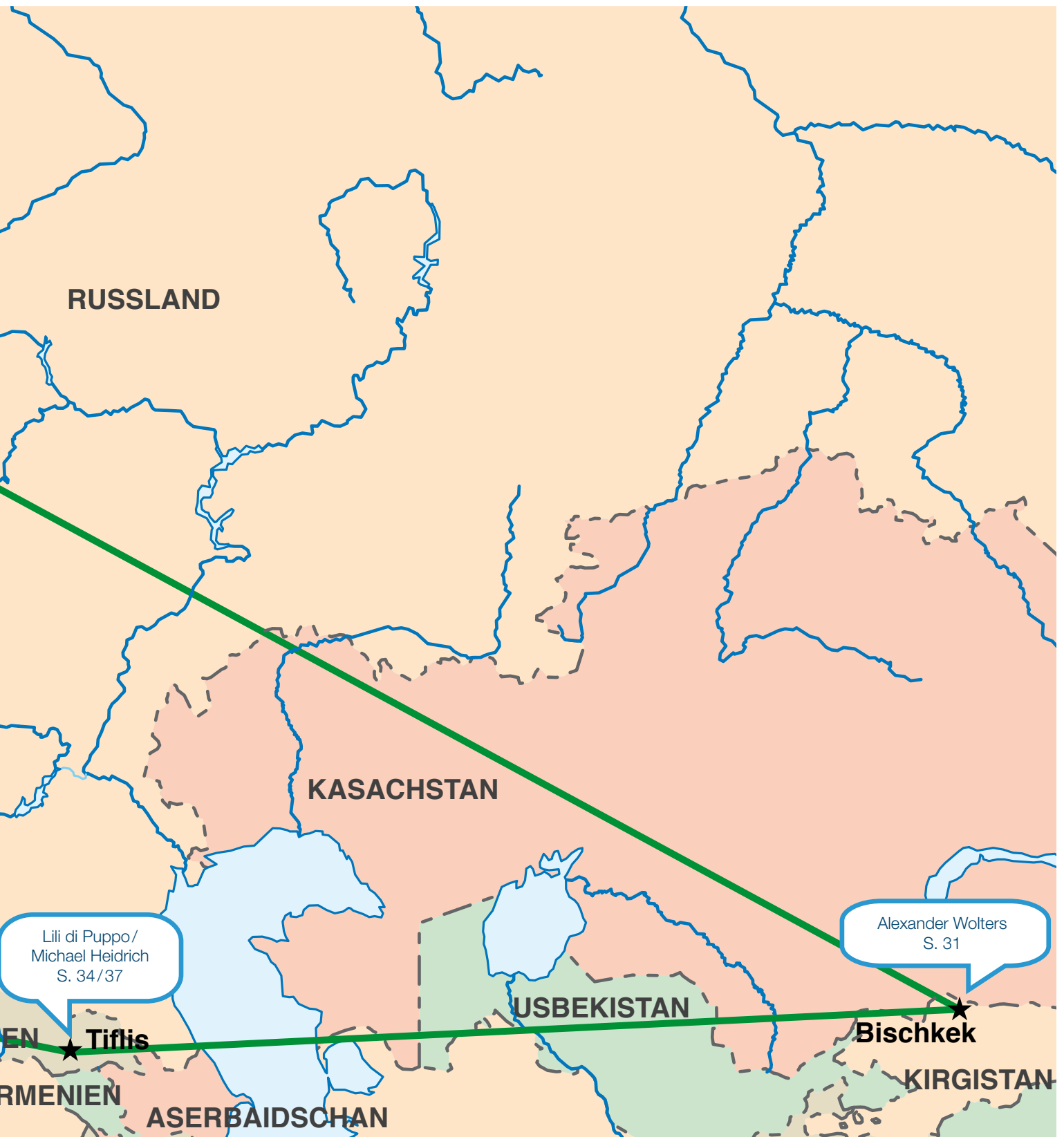


Robert Bosch **Stiftung**

Das Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung ist aus dem Lektorenprogramm der Robert Bosch Stiftung hervorgegangen. Die wissenschaftliche Betreuung und Koordination lag beim Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung der DGAP.



Eine Reise durch die Lektorate in Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien



Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung

Seit Anfang 2007 besteht an der DGAP das Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung. Im Sinne des Stifterauftrags der Völkerverständigung veranstaltet das Zentrum Diskussionen, Konferenzen und Gesprächskreise sowie Experten- und Hintergrundgespräche zu aktuellen politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa.

Verschiedene Programme der Robert Bosch Stiftung zur Förderung und Vernetzung zukünftiger Entscheidungsträger und Nachwuchswissenschaftler aus Mitteleuropa, Osteuropa und Deutschland werden durch das Zentrum betreut.

Mit seiner Arbeit will das Zentrum der »Osterweiterung des europäischen Denkens« neue Dynamik verleihen und auf die politische, kulturelle und geschichtliche Relevanz dieser Region für die künftige Entwicklung der Europäischen Union und ihrer östlichen Nachbarstaaten hinweisen.

Das Zentrum generiert als inhaltlicher Impulsgeber neue Ideen, Konzepte und Formate und verfügt über die institutionelle und inhaltliche Kompetenz sowie die entsprechende Regionalexpertise zur Umsetzung innovativer Projektmodelle. Für Politik und Medien bieten die am Zentrum tätigen Wissenschaftler Informationsgespräche und Hintergrundanalysen.

Inhalt

Expertise und Erfahrung	6
Neue Wege.	7
Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert	8
Stubice – Polen	10
Warschau – Polen	13
Memel (Klaipėda) – Litauen.	16
Minsk – Belarus'	19
Zwischentreffen in Minsk im Dezember 2006	22
St. Petersburg – Russland	25
Moskau – Russland	28
Bischkek – Kirgistan	31
Tiflis – Georgien.	34
Tiflis – Georgien.	37
Bukarest – Rumänien	40
Budapest – Ungarn	43
Budapest – Ungarn	46
Anhang	49

Expertise und Erfahrung



Prof. Dr. Eberhart
Sandschneider

Otto Wolff-Direktor des
Forschungsinstituts der
DGAP



Dr. Gereon Schuch

Programmleiter Zentrum
für Mittel- und Osteuropa
der Robert Bosch Stiftung
der DGAP

Das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik versteht sich als interdisziplinäre Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Medien. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist daher seit jeher unser großes Anliegen.

Insbesondere in den Gesellschaftswissenschaften erscheinen Perspektivenwechsel und anwendungsorientierte Fokussierung erforderlicher denn je. Die zunehmenden globalen Verflechtungen politischer, ökonomischer wie sozialer Prozesse lassen die Grenzen des eigenen universitären Horizonts erkennen. Die Zeiten, in denen Promovenden einsam in Bibliotheken ihr Werk verfassten, gehören der Vergangenheit an. Internationale Lehr- und Arbeitserfahrung, die Einbindung in Forschungsnetzwerke und Qualifikationen im Bereich Projektmanagement sind die Anforderungen der heutigen Arbeitswelt.

Die intensive Auseinandersetzung mit einer wissenschaftlichen Fragestellung im Rahmen einer Dissertation führt heute auch nicht mehr in erster Linie zu einer Hochschulkarriere, sondern eröffnet den Weg in verschiedenste Berufswege. Das Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung leistete einen beispielhaften Beitrag dazu, wissenschaftliche Expertise und praxisorientierte Erfahrung zu verknüpfen. Dabei wurde allerdings auch deutlich, dass die Zielsetzung, eine Promotion in zweieinhalb Jahren zu verfassen, an deutschen Hochschulen durchaus auf Vorbehalte stößt. Es wird sich zeigen, ob deutlich längere Dissertationsvorhaben in einer internationalisierten Wissenschaftslandschaft wettbewerbsfähig sein werden. Eine Promotion muss hinsichtlich ihrer Dauer und des daraus resultierenden Umfangs zweifelsohne wissenschaftlichen Ansprüchen genüge tun, dabei aber auch zunehmend praxisrelevante Faktoren heutiger beruflicher Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigen.

Wir danken der Robert Bosch Stiftung für die großzügige Förderung dieses Projekts und sind überzeugt, dass die Stiftung damit nicht nur einen großen Beitrag zur differenzierten Untersuchung der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa und der Beziehungen Deutschlands zu diesen Ländern in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zusammenbruch des Kommunismus geleistet hat, sondern im Dienste der Völkerverständigung auch Wissenschaftler und Studenten aus diesen Ländern zusammengeführt und Netzwerke gebildet wurden. Wir wünschen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Promotionskollegs einen weiterhin erfolgreichen Verlauf ihres beruflichen Weges und hoffen, dass ihre Expertise und ihr Engagement weiterhin dazu beitragen, den Transformationsprozess Mittel- und Osteuropas lösungsorientiert zu begleiten.

Neue Wege

Das Promotionskolleg der Robert Bosch Stiftung in Zusammenarbeit mit der DGAP zieht nach zwei Jahrgängen Bilanz. Für die Stiftung war es der gezielte Versuch, eine Initiative zur akademischen Nachwuchsförderung mit dem Anliegen der Völkerverständigung zu verbinden. Der besondere Reiz bestand in der Verbindung zwischen wissenschaftlicher Forschung und berufspraktischer Lehrerfahrung – und dazu beide s noch im Ausland.

Entstanden ist diese Idee aus den Erfahrungen des Lektorenprogramms der Stiftung, das deutsche Nachwuchskräfte für ein bis zwei Jahre an Hochschulen in Osteuropa und China entsendet. Sie sollen dort als Lektoren die deutsche Sprache oder ihr jeweiliges Fachgebiet auf Deutsch unterrichten, an der Fortbildung der einheimischen Lehrkräfte und der Transformation der Hochschulen mitwirken. Ein Teil dieser Lektoren hatte stets Promotionsabsichten, musste diese aber mit Rücksicht auf die eigentlichen Aufgaben des Programms zurückstellen. Dabei lag es eigentlich nahe, den Aufenthalt in einem östlichen Land mit Recherchen für die Dissertation zu verbinden. So kam es zur Ausgliederung eines Promotionskollegs aus dem Lektorenprogramm und die Übergabe in die Obhut der DGAP. Gereon Schuch, Leiter des dortigen Zentrums für Mittel- und Osteuropa, war als ehemaliger Lektor und Teilnehmer eines Promotionskollegs bestens ausgewiesen, diese Aufgabe zu übernehmen. Die Bandbreite der möglichen Promotionsvorhaben wurde – bei aller Heterogenität – durch ein Rahmenthema eingegrenzt, um Synergien unter den Teilnehmern zu erleichtern. Dabei zeigte sich aber, dass die ursprünglichen Zeitvorgaben nicht immer realistisch waren. Der Spagat zwischen zügigem Abschluss des Promotionsvorhabens und der gleichzeitigen Verpflichtung zu Lehrveranstaltungen an den Gasthochschulen in Mittel- und Osteuropa stellte die Teilnehmer vor die schwierige Entscheidung der Prioritätensetzung. Und die Stiftung vor die Entscheidung, Verlängerungen zu gestatten oder auf Einhaltung der Zeitvorgabe zu bestehen. Letztlich wurde in jedem Fall eine einvernehmliche und für beide Seiten einschließlich der betreuenden Hochschullehrer zufrieden stellende Lösung gefunden. Das Ergebnis der Arbeiten kann sich zweifellos sehen lassen und ist ein Beweis dafür, dass die Vorgabe, Promotionsvorhaben in Mittel- und Osteuropa mit dem Erwerb von Lehrerfahrung und Projekten zu verknüpfen, grundsätzlich möglich ist und einen Mehrwert generiert.

Die Robert Bosch Stiftung dankt allen Beteiligten, den akademischen Betreuern, der DGAP und den Programmleitern Julian Pänke und Eric Wrasse, den Gasthochschulen und nicht zuletzt den erfolgreichen Promovenden für Ihren Einsatz und freut sich über die Erfolge der einzelnen wissenschaftlichen Arbeiten.



Prof. Dr. Joachim Rogall,
Bereichsleiter, Programmbereich 4 (Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China), Robert Bosch Stiftung



Markus Lux, Programmleiter, Programmbereich 4 (Völkerverständigung Mitteleuropa, Südosteuropa, GUS, China), Robert Bosch Stiftung

Mittel- und Osteuropa auf dem Weg ins 21. Jahrhundert

*»Die ganze Misere unserer Geschichte beruhte immer darauf, dass wir den Osten zuwenig kannten.«
(Karl Dedecius, Schriftsteller und Übersetzer)*



Julian Pänke

Kollegleiter 2007–2009,
Zentrum für Mittel- und
Osteuropa der Robert
Bosch Stiftung der DGAP



Eric Wrasse

Kollegleiter 2005–2007,
Europäische Jugendbil-
dungs- und Jugendbegeg-
nungsstätte Weimar

Der mit dem Ende des Kalten Krieges in Mittel- und Osteuropa einsetzende Transformationsprozess hat das Aussehen des Kontinents fundamental verändert. Während die Transformation für die Mehrzahl der Staaten einen schrittweisen Übergang zu Marktwirtschaft und liberaler Demokratie bedeutete, der ihnen den Beitritt zu westlichen Bündnisstrukturen ermöglichte, ist der Ausgang des Wandlungsprozesses in anderen Staaten unklar. Ungeachtet dessen, ob die Staaten der EU angehören, EU-Beitrittskandidaten oder Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten sind bzw. keiner Staatengemeinschaft angehören, sehen sie sich mit ähnlichen nationalen, europäischen und globalen Fragen konfrontiert, auf die sie politische Antworten finden müssen. Offensive politische Strategien für die Herausforderungen des angebrochenen Jahrhunderts sind oft nur in Ansätzen erkennbar. Die mittel- und osteuropäischen Staaten schöpfen aus ihrer nationalen Geschichte und Kultur und handeln im Bewusstsein der Erfahrungen des letzten Jahrhunderts und des vergangenen Jahrzehnts des Umbruchs, wenn sie die Fragestellungen und Aufgaben der Gegenwart und Zukunft angehen.

Konzept und Zielsetzung

Das Promotionskolleg richtete sich an vielseitig interessierte, aufgeschlossene junge Menschen, die als potenzielle zukünftige Führungskräfte einen Aufenthalt in Mittel- und Osteuropa mit dem Abschluss einer Dissertation verknüpfen wollten. Die Promotionsstipendiaten verbinden Wissenschaft mit Praxisorientierung. Das Kolleg umfasste zwischen 2005 und 2009 zwei Jahrgänge mit insgesamt zwölf Stipendiaten. Die Kollegiaten durchliefen ein zweijähriges Programm, an dessen Ende die abgeschlossene Dissertation stehen soll. Sie promovieren an einer deutschsprachigen Universität, realisierten ihr Promotionsvorhaben aber an einer Universität in Mittel- oder Osteuropa, wo sie auch Lehrveranstaltungen anboten. Durch die Lehrerfahrung an der Gastuniversität, den Kontakt zu einem dortigen wissenschaftlichen Ansprechpartner und die Kooperation mit anderen Doktoranden wurden die Promotionslektoren Teil der Wissenschaftslandschaft des Gastlandes. Sie überwandern traditionelle nationale Forschungshorizonte und Verständigungsgrenzen und traten in einen Austausch über Forschungsansätze und -methoden ein.

Das Kolleg leistete einen Beitrag zum besseren Verständnis von Politik, Gesellschaft, Kultur und Identität der Transformationsstaaten in Mittel-, Ost- und Südosteuropa und half vor diesem Hintergrund gegenwärtige Entwicklungen auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und internationaler Ebene sowie Phänomene in den bilateralen und multilateralen Beziehungen zu erklären. Ein wichtiges Ziel des Kollegs bestand darin, dass gegenseitige Verständnis zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn zu fördern.



Begleitveranstaltungen

Das Kolleg unterstützte die Promotionslektoren bei ihren Forschungsvorhaben durch eine Reihe von Begleitveranstaltungen und hatte zum Ziel, sie für Führungspositionen mit internationalem Bezug zu qualifizieren: Promovierte des Kollegs sollen durch eine Kombination von wissenschaftlicher Expertise, Regional- und Sprachkompetenz und Projektmanagementenerfahrung einen Wettbewerbsvorteil auf dem Arbeitsmarkt erlangen. Die Promotionslektoren sind Teil des ganz Ost-, Mittel- und Südosteuropa umspannenden Netzwerkes des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung. Dieses Netzwerk bietet eine Plattform für den Austausch und soll den Praxisbezug der wissenschaftlichen Arbeit gewährleisten. Den überwiegenden Teil der zwei Kollegjahre verbrachten die Promotionslektoren an ihrer Gastuniversität in Mittel- oder Osteuropa, etwa alle sechs Monate nahmen sie an Qualifikationsseminaren an der DGAP in Berlin teil. Darüber hinaus hatten die Kollegiaten die Möglichkeit, ein Praktikum bzw. einen Forschungsaufenthalt an einer Institution ihrer Wahl zu absolvieren. Im Rahmen der Qualifikationsseminare wurde den Stipendiaten eine Reihe von Fortbildungen angeboten, bei welchen promotionsrelevante und berufsqualifizierende Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt wurden.

Ślubice – Polen

Moralpolitische Konflikte in katholischen Gesellschaften. Polen, Italien und Spanien im Vergleich



Anja Hennig

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaft

Gastinstitution:
Adam-Mickiewicz-
Universität Poznań/
Ślubice, Sozialwissen-
schaftliche Fakultät

Betreuung:
Prof. Dr. Michael
Minkenberg
(Europa-Universität
Viadrina, Frankfurt/Oder)

Die Promotion ist eine Reise ... durch unbekannte Gefilde mit festem Ziel in weiter Ferne. Für mich gab es auf dieser Reise zwei Überraschungen. Zunächst verschob sich mein Lehrstandort von Posen nach Ślubice, der polnischen Seite von Frankfurt an der Oder. Dort steht das Collegium Polonicum, eine interuniversitäre Einrichtung, die 1998 gemeinsam von der Adam Mickiewicz Universität Poznań und der Viadrina gegründet wurde. Zu dieser Kooperation gehört ein gemeinsamer Studiengang, in dessen Rahmen ich als Vertreterin der Universität Poznań nun lehrte.

Meine Promotion hingegen begann mit dem Vorhaben, Polen und Italien in zwei moralisch sensiblen Konflikten zu vergleichen: einerseits hinsichtlich der Forderung, der Staat solle gleichgeschlechtliche Partnerschaften anerkennen und sie mit eheähnlichen Rechten und Pflichten versehen. Diese Kontroverse ist in Italien seit den 1990er Jahren und etwas später in Polen – bisher ergebnislos – in der gesellschaftspolitischen Diskussion. Der zweite Konflikt betrifft in Polen die Liberalisierung des restriktiven Abtreibungsgesetzes bzw. in Italien die Lockerung eines Gesetzes zur künstlichen Befruchtung. Mich faszinierte an diesem Vergleich, dass in den kulturell unterschiedlichen post-sozialistischen Polen und EU-Altmitglied Italien ähnliche Konflikte auf der politischen Agenda standen; Konflikte, die in »westlichen« Gesellschaften meist gegen geringen Widerstand gelöst wurden. Sollten diese Ähnlichkeiten in Polen und Italien durch den Katholizismus zu erklären sein?

Auf diese Frage folgte nach anderthalb Jahren Promotionsreise die zweite Überraschung: Spanien – ein katholisches Land, das in beiden untersuchten Konfliktfeldern politisch weitaus liberalere Entscheidungen getroffen hatte und es z. B. Homosexuellen seit 2005 ermöglicht, zu heiraten. Nun existierte ein wirkliches »Rätsel«: Wie lassen sich diese moralpolitischen Unterschiede zwischen dem katholischen Polen und Italien sowie dem ebenfalls katholischen Spanien erklären?

Nach reichlich Lektüre und dreiwöchigen Forschungsaufenthalten für Interviews mit Experten und Aktivisten in Warschau, Rom und Madrid liegen nun vier Bündel an Antworten vor. Eingebettet in eine kritische Diskussion der Säkularisierungstheorie lauten sie, dass (1) der unterschiedliche Grad an Religiosität – Spanien ist deutlich säkularer als Polen und Italien – eine wichtige Grundbedingung für die unterschiedlichen Politikergebnisse darstellt. In Spanien ist (2) die katholische

Kirche seit dem Ende der Franco-Diktatur deutlich weniger gesellschaftlich verankert als in Italien und in Polen. Entscheidend ist aber, dass es (3) sowohl in Italien wie auch in Polen politische Entscheidungsträger gibt, die, sei es aus Populismus oder persönlichem Glauben, der moralpolitischen Linie des Vatikans folgen und gegen Liberalisierungsmaßnahmen entscheiden. In Spanien gibt es auch solche Positionen. Sie sind jedoch (4) – anders als in Polen und Italien – nur in dem politisch homogenen rechten Lager zu finden.



Die Demonstration »Parada równości« (»Parade der Gleichberechtigung«) in Warschau

Lehren im Deutsch-Polnischen Kontext

Bereits während meiner früheren Tätigkeit habe ich mich mit unterschiedlichen Lern- und Lehrkulturen befasst. Man kann es so zusammenfassen: die polnische sozialwissenschaftliche Lehre ist eher auf Fakten konzentriert, die deutsche auf das Erklären von Zusammenhängen. Meine erste Veranstaltung im Rahmen des deutsch-polnischen Masters of European Studies befasste sich mit moralpolitischen Konflikten in katholischen Gesellschaften, dem Thema meiner Dissertation. Es war spannend zu sehen, mit welchem Engagement und dabei sehr kirchenkritisch meine polnischen Studierenden zu den brisanten Konflikten um Abtreibung und die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften im eigenen Land recherchierten. Es folgte ein Workshop-Projekt für Promovierende beider Universitäten, in dem es gemeinsam mit einer Trainerin um die Arbeitsorganisation während der Promotion ging. Besonders herausfordernd war das Projekt, polnischen Studierenden eine Einführung zu geben, wie an der Viadrina Politikwissenschaft studiert wird. Gemeinsam mit einer Kollegin mussten wir

einen sensiblen Mittelweg finden, um einerseits die gravierenden Unterschiede zu akzeptieren und gleichzeitig den erstaunten, aber hoch motivierten polnischen Studierenden den »deutschen« Weg voller Konzepte und Theorien aufzuzeigen. Auch, dass wir uns nicht professoral gaben und dem Workshop eine lockere Arbeitsatmosphäre verliehen, begeisterte die Gruppe.

Anja Hennig, Jahrgang 1975 in Berlin, studierte in Potsdam, Breslau und Berlin Politikwissenschaft auf Diplom. Nach ihrem Universitätsabschluss arbeitete sie drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Internationale Politik der TU Dresden. Ihre Aufgabe bestand darin, Internet-gestützte Lehrprojekte in Kooperation mit Partnerinstituten aus Prag und Breslau zu entwickeln und ihre Umsetzung zu leiten. Seit August 2006 promoviert sie an der Europa-Universität Viadrina (Frankfurt/Oder) im Bereich Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt »Religion und Politik«. Vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion um die »Wiederkehr der Religion« im »säkularen Europa« gilt ihr besonderes Interesse der Interaktion von politischen und religiösen Akteuren im Verlauf von moralpolitischen Konflikten (z.B. Abtreibung, Gleichberechtigung Homosexueller oder bioethische Fragen) im Ländervergleich mit Polen als Schwerpunkt.

Warschau – Polen

Politische Führung in der Dritten Polnischen Republik. Handlungszwänge und Gestaltungsmöglichkeiten politischer Eliten in postkommunistischen Transformationsstaaten

Politische Führung und die Struktur des jeweiligen politischen Systems, in dem diese Führung ausgeübt wird, korrelieren miteinander. Historische Erfahrungen, politisch-kulturelle Besonderheiten und verfassungsrechtliche Parameter engen die Spielräume der politischen Anführer eines jeden Staates ein, während sie an anderer Stelle womöglich exklusive Gelegenheitsstrukturen eröffnen. Umgekehrt kann die Art und Weise der individuellen Führungsausübung wiederum die politischen Rahmenbedingungen beeinflussen. Letzteres trifft vor allem für politische Systeme zu, die sich im Umbruch befinden: Hier müssen verfassungsrechtliche Grundlagen neu definiert werden; staatliche Institutionen und eine politische Kultur sind erst im Entstehen begriffen und deshalb wandelbar. Im Europa des ausgehenden 20. Jahrhunderts war dies insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten der Fall. Auf dem Weg von Plan- zu Marktwirtschaften, von kommunistischen Diktaturen zu freiheitlichen Demokratien und aus dem Warschauer Pakt in die westlichen Bündnisstrukturen von NATO und Europäischer Union haben sich diese Länder sowohl innen- als auch außenpolitisch gänzlich neu erfunden.

Anders als in den etablierten westlichen Demokratien sind politische Großorganisationen während der mitteleuropäischen Transformationsprozesse kaum in Erscheinung getreten. Insbesondere in Polen gestaltete lediglich eine überschaubare Anzahl von individuellen Akteuren den Wandel. Das Dissertationsprojekt befasst sich deshalb mit den Eigenheiten, der Entwicklung und den systemischen Auswirkungen politischer Führung im postkommunistischen Polen.

Unter anderem lässt sich dabei beobachten, dass in der polnischen Politik nach 1989 zwei fundamental verschiedene Führungsansätze vorherrschten: Während Politiker mit Oppositionssozialisation oftmals stark charismatische Führungsstile pflegten, trat unter Politikern, die in einer ehemaligen Blockpartei aktiv waren, ein eindeutig bürokratisch-technokratisch orientierter Führungsstil auf. Dies lässt sich mit den unterschiedlichen historischen Funktionslogiken der politischen Lager erklären. Problematisch ist indes, dass nahezu sämtliche Politiker, deren politisches Engagement erst im demokratischen Polen begann, ebenfalls einen charismatisch-aktivistischen Politikstil adaptierten. Denn für eine gründliche fachliche Ausbildung ihres Nachwuchses fehlten den schwach ausgebildeten Parteiapparaten die Zeit und das Geld. Da die nun inflationär vorgetragenen charismatischen Heilsver-



Julia Walter

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaft

Gastinstitution:
Universität Warschau,
Fakultät für Politikwissen-
schaften und Journalistik

Betreuer:
Prof. Dr. em. Helmut
Wagner
(Freie Universität Berlin)

sprechen jedoch regelmäßig an den begrenzten realen Handlungsspielräumen des Transformationsstaates scheiterten, wurde so auf lange Sicht der in Polen ohnehin grassierende Politikverdrossenheit und Demokratieskepsis weiter Vorschub geleistet.

Ferner wird aufgezeigt, dass bis zum Ende der 1990er Jahre die wirklichen »Strippenzieher« der polnischen Politik meist außerhalb des Kabinetts blieben. In das schwierige Amt des Chefs von chronisch instabilen Koalitionsregierungen wurden stattdessen politisch relativ unbedeutende »Marionetten« entsandt, die von ihren Parteivorsitzenden gelenkt wurden. Folglich erlangten Personen, die bestenfalls durch parteipolitische Willensbildungsprozesse legitimiert worden waren, einen erheblichen Einfluss auf die Arbeit der parlamentarischen Exekutive. Auch mit dieser aus demokratietheoretischer Sicht bedenklichen Entwicklung kann womöglich die zurückhaltende Wahlbeteiligung bei den Parlamentswahlen der 1990er Jahre sowie der – zumal für neue Demokratien – bedenkliche Vertrauensverlust in die Institution Regierung erklärt werden.



Die Universitätsbibliothek in Warschau

Polnisch-Deutsche Begegnungen

Die Lektoratsstelle war am Institut für Politikwissenschaften der Universität Warschau eingerichtet. Da viele Studenten im Laufe ihres Studiums einen Auslandsaufenthalt in Deutschland absolvieren, war die Nachfrage nach deutschsprachigen Seminarangeboten stets entsprechend hoch. Unter anderem führte ich gemeinsam mit einem polnischen Professor ein Seminar zu den »deutsch-polnischen Beziehungen nach 1945« durch. In einer gemischten Gruppe aus polnischen Studie-

renden sowie deutschen Erasmusstudenten wurden alle neuralgischen Punkte der nachbarschaftlichen Beziehungen diskutiert und analysiert.

Auch gastierten immer wieder Besucher, die in der Vergangenheit die deutsch-polnischen Beziehungen besonders intensiv beobachtet und mitgestaltet haben, im Seminar: Mieczysław Tomala, der alle entscheidenden deutsch-polnischen Verhandlungen der 1970er und 1980er Jahre als Dolmetscher begleitet hat, erzählte sehr anschaulich von seinen Begegnungen mit Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Der Soziologe Władysław Markiewicz berichtete über die schwierigen ersten Schritte der deutsch-polnischen Aussöhnung und verdeutlichte dies exemplarisch an der Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission, dessen Gründungsvorsitzender er war. Über die aktuellen Vorurteile und Stereotypen im nachbarschaftlichen Verhältnis referierte demgegenüber der Direktor des Deutschen Historischen Instituts, Klaus Ziemer. Und Gerhard Gnauck schilderte schließlich die Herausforderungen, denen er als Warschau-Korrespondent der Welt begegnet.

Julia Walter (Dipl. Politologin), Jahrgang 1980, studierte Politikwissenschaften in Berlin, Breslau und Warschau. Anschließend arbeitete sie zunächst für einen Bundestagsabgeordneten, später als persönliche Referentin des Bundesgeschäftsführers der SPD. Im Rahmen des Promotionskollegs unterrichtete sie am Institut für Politikwissenschaften der Universität Warschau.

Memel (Klaipėda) – Litauen

»... um die Memel herum ...« – Bildliche Konstruktionen einer Region



Eva Pluhařová-Grigienė

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Kunstgeschichte

Gastinstitution:
Universität Klaipėda,
Institut für Geschichte und
Archäologie

Betreuung:
Prof. Dr. Michaela Marek
(Universität Leipzig)

Jenseits von nationalstaatlicher Identität scheinen Regionen authentischere Angebote der Selbstvergewisserung bereit zu halten, um den Einzelnen für die Herausforderungen einer globalisierten Welt kulturell zu wappnen. So betonen auch Normen politischer Richtlinien und Abkommen, wie die Landschaftsschutzkonvention des Europarates die essenzielle Bedeutung der Identifizierung von Menschen mit dem Gebiet, in dem sie leben, für eine nachhaltige Entwicklung einer Region und Europas insgesamt. Dem ehemals zu Ostpreußen gehörenden Preußisch-Litauen, heute zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Litauen geteilt, bieten sich in dieser Hinsicht viel versprechende Perspektiven: Das multiethnische Kulturerbe stellt eine bedeutende Ressource für die Wachstumsbranche Tourismus dar. Die sich eröffnenden Möglichkeiten werden jedoch nur zu einem geringen Grad ausgeschöpft. Neben strukturellen Problemen der transregionalen Zusammenarbeit – über die EU-Außengrenze hinweg – liegt es nahe, einen weiteren Grund für die nur zögerliche Inwertsetzung der Vergangenheit darin zu vermuten, dass nur ein Teil des Kulturerbes die Schwelle zu den Kaliningrader und litauischen Selbstbildern in der Region passiert. Das als »deutsch« empfundene Erbe bleibt größtenteils fremd und entzieht sich somit nicht nur einer Vermarktung, sondern auch der entsprechenden Pflege.



Prospekt »Memelgebiet« mit Fotografien von Paul Isenfels, nach 1939

In Anlehnung an den auf Henri Lefebvre zurückgehenden und von der Sozialgeographie weiterentwickelten Raumbegriff kann eine »Region« als gesellschaftlicher Produktionsprozess der Wahrnehmung, Nutzung und symbolischen Aneignung eines konkreten Gebiets betrachtet werden. Mit Edward Said gesprochen entsteht eine »imaginäre Geografie« des kulturellen Wissens um ein Gebiet, aus dem sich seine Wahrnehmung speist. Bilder sind Teil dieses kulturellen Wissens und kön-

nen als Zeugen und Mitgestalter des Prozesses der Regionenbildung verstanden werden.

Deshalb untersuche ich in meiner Dissertation fotografische Illustrationen, Bildbände und Fotobücher, die im Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur staatlichen Unabhängigkeit Litauens und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zu der Region veröffentlicht wurden. Ihre Analyse verspricht Erkenntnisse darüber, inwieweit die regionalen (Selbst-)Bilder heute noch sinnstiftend und damit handlungsrelevant wirken, sowohl bezogen auf die regionale Selbstwahrnehmung als auch auf die deutsche, litauische und russische Anschauung der Region und ihrer Geschichte.

Erkenntnisse über ihre kulturelle Konstruktion sind nicht nur zentral für ein Verständnis, wie Regionen entstanden sind, sondern auch für die Planung ihrer zukünftigen Entwicklung und die Steuerung des Wandlungsprozesses. Besonders die EU-Grenzregion des ehemaligen Preußischen Litauen steht hier vor großen Herausforderungen. Ein erster Schritt zu einer gemeinsamen Pflege ihres europäischen Kulturerbes besteht darin, die Realitäten der verschiedenen Wahrnehmungen anzuerkennen.

Dialog der Denkmale

Im Rahmen einer Ring-Vorlesung zu Ideologien in der Zwischenkriegszeit des historischen Instituts der Universität Klaipėda trug ich einen Block zu der politischen Ikonografie der Pavillions NS-Deutschlands, der Sowjetunion und der Spanischen



»Arca«: »Triumphbogen« zur Erinnerung an den Anschluss des Memel-Gebiets 1923 an Litauen

Republik auf der Weltausstellung 1937 in Paris bei. Im Anschluss ergaben sich angeregte Diskussionen um die symbolische Rolle von Architektur und Denkmälern für die Staatsrepräsentation. Von den Studierenden wurde eine Verbindung zum heutigen Klaipėda gezogen. 2002 und 2003 sind zwei kontrovers diskutierte Denkmale in den öffentlichen Diskurs um die Geschichte der Region getreten: Der monumentale »Triumphbogen« wurde zur Erinnerung an den Anschluss des Memel-Gebiets 1923 an Litauen errichtet. Die Aufschrift »Wir sind ein Volk, ein Land, ein Litauen« soll die Einheit mit dem ehemals zu Ostpreußen gehörenden Kleinlitauen unterstreichen, das heute zum Teil im Kaliningrader Gebiet liegt. Von Vielen wird er als nationalistische Demonstration gewertet, die sich auch gegen die Erinnerung an die deutsche Vergangenheit richtet. Ein Jahr später entstand die Bronzeskulptur »Abschied«, die vor dem Bahnhof der Stadt lebensgroß die Figur einer Frau mit einem Kind an der Hand und einen Koffer tragend zeigt. Sie erinnert an den Weggang der Deutschen aus dem Memelgebiet, ohne auf eine nationale Sicht zu setzen. Hier wird die menschliche Dimension der Geschichte und der Verlust eines Teils der Kultur der Region vor Augen geführt.

Eva Pluhařová-Grigienė, Studium der Kunstgeschichte, Romanistik, Psychologie und Osteuropa-Studien in Kiel, Berlin und Prag. Seit 2001 als Kuratorin und Projektmanagerin im internationalen Kulturbereich tätig. 2003–2005 Programmleiterin am Thomas-Mann-Kulturzentrum in Nida, Litauen, im Rahmen des Programms »Robert Bosch Kulturmanager in Mittel- und Osteuropa«. 2005 Mitgründerin und Teilhaberin von inter:est Kulturmanagement. Seit 2006 Promotion zur visuellen Konstruktion von Regionen am Beispiel des Memel-Gebiets am Institut für Kunstgeschichte der Universität Leipzig. 2006–2008 Lehrtätigkeit an der Universität Klaipėda, Litauen. Veröffentlichungen zu den Themen Gedächtnis und Kunst, Kulturerbe, Kulturlandschaften und Künstlerkolonien.

Minsk – Belarus'

Sprachideologische Debatten in Belarus' 1995–2008

In der 1991 unabhängig gewordenen Republik Belarus' (Weißrussland) gibt es offiziell zwei Staatssprachen – Weißrussisch und Russisch. Die Situation dieser beiden Sprachen ist jedoch höchst unterschiedlich.

Das Weißrussische als noch recht junge moderne Literatursprache wurde nur in der Anfangsphase der Sowjetunion staatlich gefördert, dann aber vernachlässigt und als angeblich rückständige Bauernsprache aus dem öffentlichen Leben verdrängt. Russisch war bis 1991 die Sprache der Industrialisierung, der Städte und des sozialen Aufstiegs, Weißrussisch die Sprache der Dorfbevölkerung und eines kleinen Teils der künstlerischen Intelligenz in Weißrussland.

Mit der staatlichen Unabhängigkeit 1991 setzten national gesinnte Eliten einen Wandel der staatlichen Sprachpolitik durch: Das Weißrussische wurde einzige Staatssprache; Bildungssystem, staatliche Verwaltung und andere zentrale Bereiche des öffentlichen Lebens sollten nach einem festgelegten Zeitplan sprachlich weißrussifiziert werden. Doch mit dem Amtsantritt des ersten Staatspräsidenten der Republik Belarus', Alexander Lukaschenko, kam der Rückschlag für die Befürworter einer Weißrussifizierung: Lukaschenko erkannte die Widerstände in der Bevölkerung gegen eine sprachliche »re-education«, erhob infolge eines umstrittenen Referendums (1995) das Russische zur zweiten Staatssprache und machte die Zielvorgaben der staatlichen Sprachpolitik von 1991 bis 1994 rückgängig. Unter dem autoritär regierenden Präsidenten erlangte das Weißrussische in der Folgezeit das Image einer »oppositionellen« Sprache.

Über die Rolle der weißrussischen und russischen Sprache in Belarus' ist seit dem Referendum von 1995 viel in der weißrussischen Presse diskutiert worden. Das im Promotionskolleg realisierte Dissertationsprojekt untersucht anhand ausgewählter Diskussionsbeiträge von 1995–2008, welche Lager sich in dieser Debatte erkennen lassen, und was die wichtigsten Streitthemen sind, an denen sich die Debatte entzündete. Der bisher absehbare Befund: Präsident Lukaschenko hat sich in den Anfangsjahren seiner Präsidentschaft zwar immer wieder verächtlich über das Weißrussische geäußert, es erscheint jedoch nicht ausgeschlossen, dass Lukaschenko im Fall von Spannungen mit Russland die weißrussische Sprache und Geschichte zur Abgrenzung nutzen könnte. Die politische Opposition gegen den Präsidenten ist in der Sprachenfrage gespalten – hier stehen sich belarussophone »Nationalisten« und russophone »Liberale« gegenüber, für die sprachlich-kulturelle Fragen zweitrangig sind. Im nationalen Lager ist dabei noch die Position des



Mark Brüggemann

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Slawistik

Gastinstitution:
Belarussische Staatsuni-
versität Minsk, Fakultät für
Internationale Beziehungen

Betreuung: Prof. Dr. Gerd
Hentschel
(Carl-von-Ossietzky
Universität Oldenburg)

z.T. russophoben Antikommunisten Sjanon Pasnjak von der Position jüngerer, »aufgeklärter« Nationalisten zu unterscheiden. Die Gesellschaft für die weißrussische Sprache ist eine offiziell registrierte NGO, die sich im legalen Rahmen für die Rechte der Weißrussischsprecher einsetzt. Die Weißrussistik an der Nationalen Akademie der Wissenschaften ist konsequent darum bemüht, Politisches aus der Sprachenfrage herauszuhalten. National gesinnte Sprachwissenschaftler dagegen betrachten das Erlernen des Weißrussischen nicht als rein fachwissenschaftliches Problem, sondern als Frage von nationaler und politischer Priorität.



Presse in der »letzten Diktatur Europas«

Wer in Minsk das erste Mal ein Zeitschriftengeschäft betritt, staunt: Wo ist denn die vermeintliche Unterdrückung der Medien? Die Auswahl an Zeitungen ist groß, und auch das Zeitschriftenangebot steht dem an Kiosks in Westeuropa nur wenig nach. Wenn man dann jedoch ein paar der im Handel ausliegenden Blätter kauft und sich danach genauer über das weißrussische Pressesystem informiert, korrigiert man seinen ersten Eindruck sehr schnell.

Einen Großteil der auflagenstärksten Zeitungen geben staatliche Institutionen heraus – die Verwaltung des Präsidenten, das Parlament, die Regierung usw. Die Journalisten dieser Zeitungen agieren als Hofberichterstatler des Regimes, die Artikel sind thematisch von Blatt zu Blatt austauschbar. Nichtstaatliche Printmedien kommen überwiegend aus Russland oder erhalten ihren Mantelteil von dort, wie etwa das populäre Boulevardblatt Komsomolskaja Prawda. Westliche Presse gibt es nicht. Moderate satirische Sticheleien gegen die Machthaber – aber auch gegen die Opposition – liest man nur in zwei Wochenzeitungen, der »BelGaset« und »Belorussy i Rynok«.

Möglich ist diese Begrenzung des Meinungsspektrums durch das staatlich monopolisierte Pressevertriebssystem. Der Vertrieb läuft über die weißrussische Post »Belposhta« und die staatliche Firma »Belssajusdruk«. Politisch unbequeme Medien können leicht aus dem Vertriebskatalog ausgeschlossen werden und sind dann nur noch in oppositionellen Kreisen oder per Abonnement erhältlich.

Mark Brüggemann, M. A. in Slavistik und Politikwissenschaft, Jahrgang 1975. Studium an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg und der Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń (Polen). Thema der Magisterarbeit: »Die Sprachenpolitik gegenüber dem Polnischen in der Ukraine und gegenüber dem Ukrainischen in Polen nach der politischen Wende« (vom Deutschen Akademischen Austauschdienst geförderter Forschungsaufenthalt in Lemberg und Breslau). Während des Studiums Tätigkeit als Journalist und Übersetzer für deutsch-polnische Medien. Nach dem Studium Medienassistent des ifa (Institut für Auslandsbeziehungen) bei Printmedien der deutschen Minderheit in Polen. Seit Oktober 2008 Volontär bei der Nordwest-Zeitung und dem lokalen Rundfunk- und Fernsehsender oeins (Oldenburg). Interessenschwerpunkte: Sprachen- und Minderheitenpolitik, Soziolinguistik, politische Systeme in Polen, der Ukraine und Belarus.

Eric Wrasse

Zwischentreffen in Minsk im Dezember 2006

Wir sitzen zu fünft auf einer langen sowjetischen Bettcouch, uns gegenüber einige Mitarbeiter einer Minsker Organisation für Rechtshilfe. Zuvor hatten wir uns im Stadtzentrum in einen der überfüllten Busse gequetscht, waren wenige Stationen später ausgestiegen und hatten in einem Innenhof zwischen fünfstöckigen Plattenbauten aus der Chruschtschow-Zeit den richtigen Eingang gesucht. Der Hof sieht wie alle Höfe aus, unter einer dünnen Schneedecke, die von den durchfahrenden Autos zerfurcht und dreckbespritzt ist, ragt der Müll heraus, der hier, anders als in der Stadtmitte, nicht täglich zusammengekehrt wird, da stehen Containergaragen, einige blattlose schlanke kränkelnde Bäumchen mit dünnen Kronen, rostende Kleinwagen sowjetischer Bauart, Reste von Geräten eines Kinderspielplatzes. Die Häuser sind im Gegensatz zu den stalinistischen Prachtfassaden im Zentrum unverputzt, es bröckelt der Beton, die notdürftig verglasten Balkone sind vollgestopft und eingegittert, ihre Funktion als Plätzchen an der Sonne scheinen sie längst verloren zu haben. Hinter dicken Gardinen sieht man Zimmerpflanzen, Katzenaugen und noch dickere Vorhänge hervorlukaen.



Spurwechsel in Brest an der polnisch-weißrussischen Grenze

Hier muss es sein, entweder dieser oder der nächste Eingang, von außen unterscheiden sie sich nicht, kein Schild gibt einen Hinweis. Wir warten, telefonieren, der richtige Eingang ist noch eines weiter. Die abgenutzte eiserne Haustür gibt den Weg in das düstere Treppenhaus frei, die Betonstufen sind ausgetreten, an Wänden und Decken ist der Putz fleckenweise herausgebrochen, vom fahlen Licht des Winternachmittags wird es nicht viel heller. Die gegen Kälte und Geräusche mit Lederbezug gedämmte Tür steht schon offen, wir spazieren der Reihe nach in den

schmalen Korridor, schütteln unseren hintereinander aufgestellten Gastgeber die Hände und werden am Ende des Korridors durch eine Tür mit Milchglasfenster ins Wohnzimmer umgeleitet. Neben der üblichen Wohnzimmereinrichtung stehen hier auch Bürostühle, Computer und Aktenschränke, alles sieht zusammengesucht und unaufgeräumt aus, die dichten altmodischen weißen Gardinen vor den Fenstern sind zugezogen, das Sofa hat man für uns frei geräumt. Ich fühle mich sofort wohl, denke: Hier lebt die Opposition, solange es diese Wohnung gibt, gibt es auch noch Hoffnung, pathetische Gefühle in einer kleinen, vollgestopften sowjetischen Wohnung mit Ausblick auf einen trostlosen Hof. Unsere Gesprächspartner antworten auf unsere naiven Fragen: Werden Sie überwacht? Haben Sie Angst? Wird der Präsident nicht von der Mehrheit der Bevölkerung doch unterstützt? Welche Chancen hat die Opposition? Was können Sie mit Ihrer Arbeit erreichen? Die Zahlen der politischen Gefangenen geraten durcheinander in der hausgemachten Übersetzung, wir erfahren von willkürlich Festgenommenen, die Todesstrafe gibt es nicht, aber Menschen verschwinden, wurden seit Jahren nicht mehr gesehen. Das Regime schwankt zwischen Anbiederung an den Westen und an den Osten, dass es die Wohnung überhaupt noch gibt, ist wohl diesem Hin und Her zu verdanken. Wie gefährlich sind ein paar junge Juristen, die dafür kämpfen, dass ein autoritäres Regime seine eigenen Gesetze einhält? Was bedeutet ein Gefängnis-aufenthalt in der Diktatur? Wir hören von Überbelegung, Willkür, Tuberkolose, AIDS, Unterversorgung. Wie überlebt man die Strafkolonie; wissen die Verhafteten, dass jemand für sie kämpft? 2008 ist das Jahr der Hoffnung, es wird Wahlen geben, die Gaspreise werden steigen und das volkswirtschaftliche Kartenhaus zum Einstürzen bringen, die zerstrittene Opposition sich vereinigen, ... oder auch nicht. 2009 lässt sich konstatieren, dass sich nichts geändert hat. Woher nehmen unsere Gegenüber ihre Energie und ihre Hoffnung, wie schaffen sie es, da zu bleiben, in dieser dunklen, bedrängend vollen Wohnung mit den angezapften Kabeln in die Außenwelt?

Am Abend besuchen wir den großen, hell erleuchteten Kulturpalast, aus dem Metroausgang laufen wir über den weiten, blitz sauberen Paradeplatz, in der Mitte steht ein glitzernder Tannenbaum. Hätten wir ein Transparent dabei und würden wir etwas skandieren, könnten wir jetzt die Schritte zählen, die wir noch auf ihn zu machen könnten. Die Ränge des Festsaaes sind neu mit lindgrünem Velour überzogen, mein Blick schweift in das prächtige weite Rechteck der hinter mir aufsteigenden Besucherränge hoch zur Ballustrade des Balkons, hier hängt über die ganze Breite des riesigen Saales ein Banner in den Landesfarben darauf steht so etwas wie: »Es grüßt das großartige Weißrussland«. Ich fühle mich wie einer der 3000 Volksdelegierten, die mit Spannung den Auftritt des Präsidenten erwarten, die Hände bereit zu anhaltendem, nicht verstummendem Klatschen. Das Licht

geht aus, statt des Präsidenten sehen wir Schwanensee. Begeistert stimmen wir letztlich in den Applaus des ausverkauften Hauses ein, es lebe Weißrussland!



Weihnachtsdekoration vor dem Palast der Republik in Minsk

Zurück nach Berlin fahre ich mit großem Respekt für die vielen Menschen, die für ihren Traum von einem freien und gerechten Land eintreten und mit der Frage, was ich wohl an ihrer Stelle tun würde?

St. Petersburg – Russland

Die deutsche Russland-Politik 1991–2005

Der Umgang mit der Russischen Föderation ist einer der umstrittensten Bereiche der deutschen Außenpolitik seit den Umbrüchen in Europa von 1989–91. Zum einen wird – bis in Krisenphase des Georgien-Kriegs im Herbst 2008 hinein – auf die besonderen, historisch gewachsenen deutsch-russischen Beziehungen verwiesen, die bisweilen als Anwaltschaft für Russland bezeichnet werden. Auf der anderen Seite war jede Bundesregierung seit der deutschen Vereinigung zum Teil enormer Kritik an ihrer Russland-Politik ausgesetzt. In heftigen Debatten wurde und wird darum gestritten, inwiefern sich die zentral gelegene, jedoch fest in die westliche Gemeinschaft eingebundene Bundesrepublik zu stark oder zu wenig nach »Osten« orientiert. Im Kontext der erweiterten Europäischen Union (EU) führte dies auch schon zu Konflikten, die sich mit Begriffen wie altem »Achsendenken« (Berlin–Moskau) auseinandersetzten. Auch die Gewichtung von wirtschaftlicher Zusammenarbeit einerseits und der Förderung demokratischer und rechtsstaatlicher Werte und Strukturen andererseits war und ist Anlass politisch wie wissenschaftlich geführter Debatten.

Mangels umfassender und sachlicher Untersuchungen der deutschen Russland-Politik war insofern ein zentrales Ziel dieser Arbeit, die Entwicklung der deutschen Russland-Politik im Zeitraum von 1991 bis 2005 – über vier Legislaturperioden hinweg – unter den Aspekten zu beleuchten, welche Aktivitäts- und Intensitätsphasen es tatsächlich gegeben hat und in welchen Sachbereichen die Bundesregierung eine Kooperation mit Russland gesucht hat. Dabei wurde nicht mit Wahrnehmungen, »gefühlten« Entwicklungen und Tendenzen gearbeitet, sondern mit handfesten Indikatoren der bilateralen Zusammenarbeit wie Abkommen, Verträgen, gemeinsamen Erklärungen und Arbeitsgruppen.

Die Arbeit räumt dabei mit einer Reihe von Behauptungen auf, die auch im wissenschaftlichen Diskurs oftmals unbegründet aufgestellt werden. So kann nicht bestätigt werden, dass sich die deutsche Russland-Politik seit Beginn der neunziger Jahre ständig intensiviert hat. Vielmehr hat es verschiedene Phasen des Auf und Ab gegeben, die unterschiedliche Ursachen haben, die teilweise im Reich der Vermutungen verbleiben müssen: der enthusiastische Neubeginn der Beziehungen zu Beginn der neunziger Jahre, die schlechte Verfassung Russlands in den letzten Jahren der Jelzin-Ära und schließlich der Wille zur wirtschaftlichen und politischen Partnerschaft des Schröderschen Deutschland mit dem Putinschen Russland. Ein weiterer Befund ist, dass es entgegen vieler Vermutungen nicht zu einer Verschiebung der Prioritätensetzung hin zu Wirtschaftsthemen gekommen



Susann Heinecke

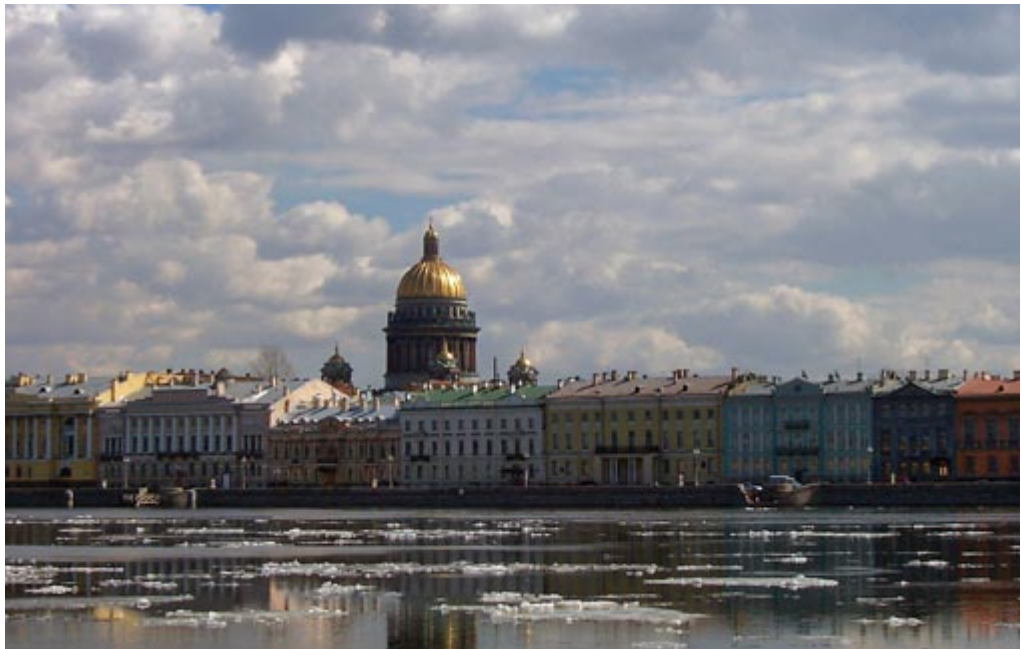
Erster Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaft

Gastinstitution:
Staatliche Universität
St. Petersburg, Fakultät für
Internationale Beziehungen

Betreuung:
Prof. Dr. Thomas Jäger
(Universität Köln)

ist, insbesondere unter der rot-grünen Regierung. Gemessen an den »Taten« der Bundesregierung waren die Aktivitäten in der Sicherheitspolitik oder etwa in der Kultur- und Bildungspolitik sogar stärker als in den Wirtschaftsbeziehungen. Die »gefühlte Ökonomisierung« der deutschen Russland-Politik liegt vielmehr in der medialen Wahrnehmung und Inszenierung außenpolitischer Aktivitäten begründet. Insgesamt versucht die Arbeit, anhand umfassender, detaillierter und methodisch nachvollziehbarer Darstellungsweise ein sachliches Bild der deutschen Politik gegenüber Russland zu liefern.



Piter im Winter

Lehren im deutsch-russischen Kontext

Warum ist die Weimarer Demokratie gescheitert? Wäre eine Zentralregierung in Deutschland und in Russland nicht viel effektiver als die föderale Zersplitterung? Inwiefern ist »Migration« komplexer als die Formel »Einwanderung oder keine Einwanderung? Wieso wird Gorbatschow in Deutschland viel positiver bewertet als in Russland? Was hat Deutschland mit den russischen Minderheiten im Baltikum zu tun? Warum bereitet den Deutschen die innenpolitische Entwicklung in Russland Kopfschmerzen, während sich die meisten Russen über das Wiedererstarken ihres Landes freuen? Wenn man solche und ähnliche Fragen mit russischen Studenten und jungen Wissenschaftlern diskutiert, erwirbt man mehr als nur Lehrerfahrungen. Auch für die Verwertung in einer wissenschaftlichen Arbeit taugen diese Erlebnisse nicht unbedingt. In zahlreichen Unterrichtsstunden, Konferenzen, Begegnungen und »Stammtisch«-Diskussionen konnte ich im Rahmen meiner Lektorentätigkeit in St. Petersburg an einer grenzüberschreitenden Ausein-

andersetzung zwischen jungen Deutschen und Russen teilhaben, die heute nicht nur möglich, sondern bitter nötig ist. Programme wie das Promotionskolleg des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung sind daher auch im Jahr zwanzig nach den Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa notwendig und wichtig für die Verständigung der Gesellschaften in Europa, die sich teilweise noch immer fremd sind.

Susann Heinecke, M. A., Jahrgang 1979, hat an den Universitäten Leipzig und Lyon (IEP) Politikwissenschaft, Kulturwissenschaften und Journalistik studiert und ihr Studium 2002 abgeschlossen. Sie hat an der Universität für Völkerfreundschaft und an verschiedenen Fakultäten der Moskauer Staatlichen Lomonossow-Universität (MGU), am Freien Russisch-Deutschen Institut für Publizistik in Moskau und an der School of International Relations der Staatlichen Universität St. Petersburg unterrichtet. Seit 2007 Referentin für die GUS-Staaten in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg.

Moskau – Russland

Die »dritte Ebene« im russischen Föderalismus am Beispiel der Republik Tatarstan



Tim B. Peters

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaften

Gastinstitution:
Lomonossow-Universität
(MGU), Fakultät für
Journalismus

Betreuung:
Prof. Dr. Timm Beichelt
(Europa-
Universität Viadrina,
Frankfurt/Oder)

Wie kein zweites Gebäude symbolisiert der Moskauer Kreml, mit seinen roten Mauern und den goldenen Kuppeln seiner orthodoxen Kathedralen, Macht und Zentralismus in Russland. Alle politischen Fäden im größten Flächenland der Erde scheinen hier, im Zentrum der russischsten aller russischen Städte, zusammenzulaufen. Achthundert Bahnkilometer weiter östlich, in der Hauptstadt der Republik Tatarstan, präsentiert sich die Russische Föderation von einer anderen Seite: Hier, in einer wirtschaftlich prosperierenden Wolga-Republik, liegt das politisch-kulturelle Zentrum des Islam in Russland. Der weiß getünchte Kreml in Kasan wird von den Minaretten und der blauen Kuppel der marmornen Moschee Kul Scharif dominiert. Sämtliche Straßenschilder sind zweisprachig – russisch und tatarisch.

Doch der föderale Schein trügt: Um Regierbarkeit und Einheit des Landes sicherzustellen, wurden in der Amtszeit von Präsident Wladimir Putin zahlreiche Re-zentralisierungsmaßnahmen ergriffen.

Die in den 1990er Jahren gewonnene Autonomie zahlreicher Regionen wurde schrittweise, aber konsequent zugunsten einer Machtvertikale zurückgedrängt. Auf dieser Machtvertikale, dem Verhältnis zwischen dem Moskauer Zentrum und den russischen Regionen, liegt daher meist der Fokus des politikwissenschaftlichen Interesses. Die Beziehungen der 83 Föderationssubjekte untereinander, die so genannte »dritte Ebene«, sind hingegen bislang kaum untersucht worden.

Dieser horizontale Föderalismus steht im Mittelpunkt des Promotionsvorhabens.

Anhand einer quantitativen und qualitativen Untersuchung der Kontakte der Republik Tatarstan zu anderen russischen Regionen wurde überprüft, welche offiziellen Formen der regionalen Kooperation und Koordination sich im postsowjetischen Russland entwickelt haben. Längere Vor-Ort-Aufenthalte in Moskau und Kasan wurden ergänzt durch Forschungsreisen in andere Regionen, in denen Tatarstan Ständige Vertretungen oder Handels- und Wirtschaftsvertretungen eingerichtet hat. Dabei konnte festgestellt werden,



Der Kreml von Kasan

dass die Republik zahlreiche biregionale Partnerschaftsverträge und Verwaltungsabkommen abgeschlossen hat, die sich auf unterschiedlichste Politikbereiche, administrative Zusammenarbeit oder Kulturaustausch beziehen. Im Mittelpunkt der interregionalen Kontakte stehen jedoch wirtschaftliche Fragen. Offenbar gibt es auch kaum signifikante Veränderungen beim Vergleich der Ära Jelzin mit der von Präsident Putin. Dessen föderale Reformen beschränkten den Föderalismus der »dritten Ebene« nur wenig. Für den horizontalen kooperativen Föderalismus scheint also ein alter Satz zu gelten: »Rußland ist groß und der Zar ist weit«. In bestimmten Fällen wurden die interregionalen Kontakte sogar dazu genutzt, um gemeinsame Handlungsstrategien zur Interessendurchsetzung der Regionen gegenüber dem Moskauer Zentrum zu entwickeln. Mittelfristig könnte dies einmal die Grundlage für einen Föderalismus von unten darstellen. Denn für die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung Russlands wird die Frage seiner föderativen Ordnung von entscheidender Bedeutung sein. Wohl nur ein echter Interessenausgleich zwischen dem Zentrum und den Regionen wird den Fortbestand der multinationalen Russischen Föderation dauerhaft sichern können.

Deutsch-Russisches Studierendentreffen in Moskau

Anlässlich der Staatsdumawahl fand Anfang Dezember 2007 ein einwöchiges Exkursionsseminar in Moskau und St. Petersburg statt, bei dem Studierende der Europa-Universität Viadrina gemeinsam mit russischen Kommilitonen die politische, ökonomische und zivilgesellschaftliche Entwicklung Russlands erörterten. In zahlreichen Veranstaltungen wurde die zu Ende gehende Präsidentschaft Wladimir Putins bilanziert. Im Mittelpunkt standen ambivalente Entwicklungen, die in Deutschland und Russland in Medien, Öffentlichkeit und Wissenschaft unterschiedlich bewertet werden: als Beruhigung zentrifugaler Tendenzen oder politische Rezentralisierung, als Verbesserung der inneren Sicherheit oder Einengung von Presse- und Demonstrationsfreiheit, als Wiedergewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit oder als Revitalisierung autoritärer Herrschaftspraktiken.

Im Rahmen des Exkursionsprogramms wurden diese Fragen thematisiert, um das Verständnis der Teilnehmer für die Komplexität der Prozesse zu fördern und ihnen im Wege interkultureller Kommunikation eigene Positionen zu ermöglichen. Wissenschaftliche Vorträge und Gespräche an verschiedenen Hochschulen wurden ergänzt durch eine Podiumsdiskussion mit Moskauer Journalisten zur Situation der Medien, Besuche bei Nichtregierungsorganisationen und vor Ort tätigen Auslandsstiftungen, dem Petersburger Menschenrechtsbeauftragten sowie der Oppositionspartei Jabloko. Zu den weiteren Höhepunkten zählte ein Besuch in der Staatsduma und individuelle Feldforschung am Wahltag. Intensiv vorbereitet wurde das Studierendentreffen im Rahmen eines von Timm Beichelt und Jan

Wielgohs geleiteten MA-Seminars an der Viadrina und semesterbegleitende Unterrichtsveranstaltungen im Rahmen des Lektorats am FRDIP.



Mit den Projektteilnehmern in der russischen Staatsduma

Tim Peters, M. A., Jahrgang 1976, studierte Politikwissenschaft, Mittelalterliche und Neuere Geschichte sowie Staatsrecht an den Universitäten Bonn und Köln. Nach dem Abschluss 2002 arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) in Bonn. Von 2003 bis 2005 lehrte er als Fachlektor der Robert Bosch Stiftung an der Fakultät für Internationale Beziehungen und Politologie der Staatlichen Universität Kasan (Russische Föderation). 2004 war er im Auftrag einer NGO internationaler Wahlbeobachter bei der russischen Präsidentschaftswahl. Nach seiner Rückkehr übernahm er 2006 die Leitung des Editionsprojekts »Die Grünen im Bundestag 1983–1987« bei der KGParl in Berlin. 2007 unterrichtete er im Rahmen des Promotionskollegs am Freien Russisch-Deutschen Institut für Publizistik der Lomonossow-Universität in Moskau. Er promovierte an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder zum russischen Föderalismus. Seit Februar 2009 absolviert er als Stipendiat des DAAD einen erneuten Forschungsaufenthalt in Russland.

Bischkek – Kirgistan

Regimewechsel oder Machtwechsel? Über die Dynamik von Differenzierungsprozessen eines politischen Systems in der postsowjetischen Peripherie

Im März 2005 jagten Anhänger der Opposition den damaligen Präsidenten der Kirgisischen Republik, Askar Akajew, im Stile einer Bunten Revolution aus Amt und Land. In der Folgezeit etablierte sich ein neues Regime unter Kurmanbek Bakiew, das die Idee der Revolution permanent propagierte, ohne den Worten entsprechende Taten folgen zu lassen. Als Konsequenz formte sich eine neue Protestbewegung, die mit ihren Aktionen das politische Leben der Republik über einen langen Zeitraum zum (Über)Kochen brachte.

Dieses Kochen zu analysieren hatte ich mich aufgemacht, im Gepäck Theorien über die Wandlungsfähigkeit Hybrider Regime und Klangesellschaften in Zentralasien. Mich interessierte, inwieweit »Clans« und andere informelle Institutionen das politische Leben in Kirgistan beeinflussen. Um Antworten zu finden, wählte ich eine Provinzstadt im Norden der Republik zur Feldforschungsstätte, der ich mit Methoden aus der qualitativen Sozialforschung zu Leibe rücken wollte. Ich versprach mir von Treffen mit lokalen Politikern und Beobachtungen des Stadtlebens tiefere Einblicke in das politische Leben der kirgisischen Republik.



Eine Woche im November 2006: Soldaten vor dem Regierungssitz, dem Weißen Haus, beobachten gelangweilt das Treiben der Demonstranten



Alexander Wolters

Erster Jahrgang

Fachbereich:
Kulturwissenschaften

Gastinstitution:
American University – Central Asia, Bishkek, International and Comparative Politics
Department and Social Research Center
Betreuung:
Dr. habil. Barbara Christophe (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder)

Ich musste am Ende meiner Feldforschungen allerdings feststellen, dass mithilfe bestehender Theorieansätze die politische Dynamik im postrevolutionären Kirgistan kaum zu erfassen ist. Eine Analyse des Verhältnisses zwischen Politik und Gesellschaft bedarf einer grundlegenden theoretischen Einbettung. In der Systemtheorie Niklas Luhmanns habe ich erste Anknüpfungspunkte für diese Aufgabe gefunden. Luhmann hilft, gewohnte Blickwinkel aufzugeben und neue Perspektiven auszuprobieren. Der Schwenk von Handlung auf Kommunikation verpflichtet auf die Beobachtung zweiter Ordnung, wie es bei Luhmann heißt.

In meinem Fall handelt es sich dabei um die Beobachtung von Formen, mit denen in Kirgistan Politik rezipiert wird. Es lässt sich rekonstruieren, wie aus dem Wechselspiel inkompatibler Formen zur Beobachtung von Politik Desorientierung resultiert. Eine Unterscheidung wie Regierung / Opposition bietet genauso wenig Orientierung wie die Unterscheidung Nordherkunft / Südherkunft, gerade weil sie beide gleichzeitig auf politische Konflikte angewandt werden und so widersprüchliche Aussagen produzieren.



Diese Entwicklung zeigt sich auch auf der empirischen Ebene. Zwei Jahre nach der Tulpenrevolution hat sich das Vermögen der Opposition, Anhängerschaft mithilfe der Produktion alternativer Positionen zu erzeugen, erschöpft. Meinungen der Opposition werden in der Öffentlichkeit nicht mehr verstanden, sie werden nur noch als Kooptationsangebote beobachtet. Die neue Macht nutzt diesen Umstand aus und stabilisiert sich, indem sie Opposition kooptiert und damit weiter diskreditiert. Zurück bleibt eine Gesellschaft in Kirgistan, die sich unfähig zeigt, alternative (politische) Meinungen zu erzeugen und sich in ihrer eigenen Moder-

nisierung blockiert. Zukünftige Herausforderungen gewinnen so an Brisanz, da ihnen nicht mit dem vollen Arsenal kontingenter politischer Entscheidungsprämisen begegnet werden kann.

Forschungsbericht aus Kirgistan

Als Ausländer in Kirgistan kann Forschung mit dem Interessensgebiet politische Konflikte anstrengend sein. Bei meinen Feldarbeiten in der kirgisischen Provinz dauerte es nicht lang, da wurde mir der Titel »amerikanskij schpion« zuteil. Das »schpion« rührte von einem natürlichen Misstrauen gegenüber dem fragenden Soziologen, das »amerikanskij« wohl aus einer allgemeinen Vorstellung vom westlichen Ausländer in Kirgistan. Bisweilen gereichte mir diese Reputation zum Nachteil, so zum Beispiel, wenn ich aus einer Sitzung des Rajonrats hinauskomplimentiert wurde mit dem Hinweis, ich stehe nicht auf der Liste. Was verwunderte, da solche Versammlungen öffentlich sind.

Trotz aller Misstrauensanwürfe an meine ständige Neugier stellten sich irgendwann auch Vertrauensverhältnisse ein. Ein politisch hochaktiver Technikumsdirektor gewährte mir exklusiven Einblick in seine Tätigkeiten. Gleichzeitig versuchte ich meine Westlerreputation dem Schulimage zur Verfügung zu stellen, indem ich als Deutschlehrer anheuerte. Mein Status als Exot garantierte mir anfänglich hohe Kursteilnehmerzahlen.

Am Ende waren es unzählige Treffen mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, die mein Bild von Kirgistan bestimmten. Ich traf Abgeordnete im Nationalparlament, ich interviewte Lehrer in ihren Schulen, besuchte Unternehmer in ihren Fabrikhallen und Händler auf den Basaren. Jenseits allen wissenschaftlichen Interesses gewann ich so einen Eindruck von Kirgistan, der mir auch für die Zeit nach der Promotion eine neugierige Faszination an Zentralasien garantiert.

Alexander Wolters, Jahrgang 1976, Dipl.-Kulturwissenschaftler, studierte Osteuropäische Geschichte, Philosophie, Russisch und Kulturwissenschaften an der Westfälischen Wilhelms Universität Münster, der Staatlichen Universität Tambow (Russland) und an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Nach Abschluss seines Studiums 2004 lehrte er als Lektor der Robert Bosch Stiftung am Narva Kolledz der Universität Tartu in Narva, Estland. Seit Sommer 2005 promoviert er zu politischen Prozessen in Zentralasien. Während seiner Forschungsaufenthalte in Kirgistan unterrichtete er an der in Bischkek beheimateten Amerikanischen Universität.

Tiflis – Georgien

Korruptionsbekämpfung in Georgien: Von der Rhetorik zur Praxis



Lili Di Pippo

Zweiter Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaft

Gastinstitution:
Ilja Tschawtschawadse
Universität, Fakultät
für Philosophie und
Sozialwissenschaften

Betreuung:
Dr. habil. Barbara
Christophe (Europa-Uni-
versität Viadrina, Frankfurt/
Oder)

Als ich Georgien von meinem Promotionsvorhaben erzählte, wurde ich oft mit der Frage konfrontiert, ob es nicht schwierig und gefährlich wäre, Korruptionsverbrechen zu erforschen. Mein Vorhaben zielt aber nicht auf eine Untersuchung des Ausmaßes der Korruption in Georgien und eine Antwort auf die Frage, ob Korruption seit der Rosenrevolution durch die Maßnahmen der georgischen Regierung reduziert worden ist. Die Arbeit analysiert vielmehr den Umgang verschiedener Akteure (georgische Regierung, Geberorganisationen, zivilgesellschaftliche Akteure) mit dem Konzept der Korruptionsbekämpfung. Ich gehe davon aus, dass Korruptionsbekämpfung von verschiedenen Akteuren unterschiedlich interpretiert wird. Ich versuche diese unterschiedlichen Ansätze anhand der Untersuchung konkreter Korruptionsbekämpfungsprojekten zu beleuchten. Mein Forschungsinteresse ist die Analyse der Art und Weise, wie lokale Akteure sich mit dem Import globaler Normen wie Anti-Korruptionsstandards auseinandersetzen.



Die europäischen Sterne inmitten georgischer Kreuze

Georgien ist in dieser Hinsicht ein besonders interessanter Fall, weil die Regierung den Anspruch hat, eine innovative Vorgehensweise gegen Korruption zu entwickeln. Die Saakaschwili-Regierung will zumindest eigene Lösungen entwickeln, statt bloß den Empfehlungen von Geberorganisationen zu folgen. Meine Arbeit wirft also auch einen kritischen Blick auf die Gebergemeinschaft und die zahlreichen Entwicklungsprojekte, die seit Jahren in Georgien implementiert worden

sind. Bei der Untersuchung der Korruptionsbekämpfung bemerkt man schnell, dass die eigentliche Reduktion von Korruption kein zentrales Anliegen ist. Meine Interviewpartner konnten oft nicht bestätigen, dass ihre Projekte eine praktische Auswirkung auf das Niveau von Korruption gehabt hatten. Anti-Korruptionsdiskurse dienen eigentlich mehr der Verbreitung gewisser politischen Agenden.

Das Feld der Korruptionsbekämpfung ist noch unterrecherchiert, und ich verstehe meine Arbeit als ein Beitrag zur entstehenden »Antikorruptionsforschung«. Ich habe mit meiner empirischen Untersuchung auch versucht, den Blick von den Empfängern auf den Export von »Entwicklungsprodukten« zu lenken.

Forschungsbericht aus Georgien

Meine Zeit in Georgien war an politischen Ereignissen besonders reich: von den Novemberereignissen der »Rosenrevolution« 2003 bis zum Augustkrieg 2008. Ich habe diese Ereignisse unmittelbar erlebt und war oftmals mit der Komplexität der georgischen Politik konfrontiert. Mit jeder neuen Nachricht kamen auch Zweifel an den Fakten. Meine Sicht über Georgien hat sich langsam geändert. War ich im ersten Jahr angesichts der Errungenschaften der Rosenrevolution verhalten optimistisch, musste ich im zweiten Jahr feststellen, dass sich viele Erfolge der ersten Jahre der Saakaschwili-Regierung eher als fragil erwiesen. Schließlich haben einige Tage im August gereicht, um Vieles zu zerstören und in Frage zu stellen. Das Gefühl, das vieles in Georgien eher Fassade ist, hat mich auch davon überzeugt, dass ein Forschungsaufenthalt im Lande sehr wichtig ist.

Darüber hinaus ist mir klar geworden, dass sich westliche Konzepte und Werte nicht einfach exportieren und in Projekten implementieren lassen. Diese Überlegungen habe ich mit meinen Studenten an der Universität geteilt – junge, neugierige Leute. Ich habe versucht, ihnen die Funktionsweise der Europäischen Union und damit die Grenzen eines europäischen Engagements in der Region zu erklären. In den Diskussionen um Europa stellte ich fest, dass sich die meisten Georgier kein klares Bild davon machen können, was »Europa« eigentlich bedeutet. Vor allem fehlt eine bildliche Vorstellung vom Leben in Europa, die dann auch Aspirationen erwecken und eine Richtung vorgeben kann.

Im August 2008, als die russischen Truppen sich Tiflis näherten, trank ich mit georgischen Freunden Wein, bewunderte die Stärke der Georgier, solch turbulente Zeiten durchstehen zu können, ohne ihren Optimismus zu verlieren.

Lili Di Puppò, Dipl.-Politologin, Jahrgang 1976, hat am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft studiert und ihr Studium 2004 abgeschlossen. Danach war sie Prakti-

kantin in der Generaldirektion Außenbeziehungen der Europäischen Kommission. Sie ist Chefredakteurin der Online-Zeitschrift Caucaz.com und Redakteurin des Caucasus Analytical Digest (CAD). Sie hat an der Ilia Tschawtschawadse Staatlichen Universität in Tiflis, Georgien, unterrichtet. Ihre Forschungsinteressen gelten dem Transformationsprozess in postsowjetischen Ländern, schwacher Staatlichkeit, der Korruptionsforschung sowie der EU-Außenpolitik, insbesondere in der Schwarzmeer-Region.

Tiflis – Georgien

Probleme des Selbstbestimmungsrechts und friedliche Konfliktlösung: Die Behandlung des Abchasien-Konflikts durch die Vereinten Nationen und europäische Regionalorganisationen

Durch die einseitige Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovo von Serbien im Februar 2008 sowie den Kaukasus-Krieg zwischen Georgien und Russland um die Sezessionsgebiete Abchasien und Südossetien im August 2008 drangen plötzlich im Völkerrecht verwendete Termini wie Anerkennung, Präzedenzfall, Selbstbestimmungsrecht und territoriale Integrität und verschiedene mit dem Konflikt befasste internationale Organisationen in das Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit. Außerdem stand die sonst eher in Randlage befindliche Kaukasusregion mit ihrer komplizierten politischen Geographie im Mittelpunkt des medialen Interesses der westlichen Welt.



UN-Stützpunkt im georgisch-abchasischen Konfliktgebiet

Herausbildung der Selbstbestimmung der Völker war die Anerkennung der Selbstbestimmung, der Menschenrechte, des einzelnen Individuum, getreu des Wahlspruchs der Aufklärung von Kant: »Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!«

Die Arbeit leistet einen Beitrag zum besseren Verständnis des Selbstbestimmungsrechts und seiner Grenzen im Kontext des Abchasien-Konflikts. Weiterhin stellt sie den rechtlichen Rahmen der internationalen Organisationen dar und zeigt die Möglichkeiten der Vereinten Nationen und europäischen Regionalorganisationen wie EU, Europarat und OSZE als Konfliktmanager in Abchasien auf. Für das Verständnis der aktuellen Herausforderungen und Auseinandersetzungen um das Selbstbestimmungsrecht, ist es notwendig, sich seine Entwicklung vor Augen zu führen. Voraussetzung für eine



Michael Heidrich

Erster Jahrgang
Fachbereich:
Rechtswissenschaft

Gastinstitution:
Iwane Jawachischwili
Staatsuniversität Tiflis,
Juristische Fakultät

Betreuung:
Prof. Dr. Dr. Sabine
von Schorlemer
(Technische Universität
Dresden)

Seit 1945 formuliert die Charta der Vereinten Nationen in Artikel 1 Ziff. 2 als ein Ziel der Organisation, »freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln«. Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995 OSZE) bestätigte nach den politischen Umbrüchen in Mittel- und Osteuropa das Selbstbestimmungsrecht der Völker 1990 in der »Charta von Paris für ein neues Europa«. Die Europäischen Gemeinschaft bekannte sich 1991 in ihrer »Richtlinie für die Anerkennung neuer Staaten in Osteuropa und in der Sowjetunion« zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Neben der Nachzeichnung der Verrechtlichung der Selbstbestimmungskonzeption im Entkolonialisierungsprozess nach 1945 und dem Spannungsverhältnis zur territorialen Unversehrtheit der Staaten gemäß Artikel 2 Ziff. 4 Charta der Vereinten Nationen verdeutlicht die Arbeit die modifizierte Anwendung dieser Normen in der Phase des Zusammenbruchs des kommunistischen Staatensystems. Als nicht praxistauglich werden ethnische Kriterien bei der Bestimmung des »Volkes« als Rechtsträger der Selbstbestimmung ausgemacht, auch wenn sie Anhaltspunkte für selbstbestimmungswillige Gruppen liefern. Den neusten Entwicklungen im Spannungsbogen Selbstbestimmungsrecht der Völker und territoriale Integrität der Staaten trägt ein Vergleich zwischen Kosovo und Abchasien Rechnung. An dieser Stelle hält die Arbeit den handelnden Diplomaten und Politikern den völkerrechtlichen Spiegel vor. Einerseits ist das sichtlich gestiegene Interesse an der beschriebenen Thematik erfreulich. Andererseits rücken die jüngsten Entwicklungen und Entscheidungen eine einvernehmliche Lösung des Abchasien-Konflikts nunmehr in weite Ferne. Die bei uns wenig beachtete Annäherung zwischen Griechen und Türken auf Zypern, der seit mehr als drei Jahrzehnten faktisch geteilten Insel, stimmt hoffnungsvoll – auch für andere Selbstbestimmungskonflikte, zeigt aber auch die Notwendigkeit langfristigen Denkens und Handelns bei der friedlichen Konfliktbearbeitung.

UNOMIG Time or Georgian Time?

– eine spannende Frage, die sich mir zu Beginn meiner Forschungsreise in die von Georgien abtrünnige Teilrepublik Abchasien stellte. Abgesehen davon, dass die reformfreudige Regierung unter Präsident Saakaschwili in den letzten Jahren mit der Zeit experimentiert hatte und schließlich die Sommerzeit abschaffte, schien es klar auf der Hand zu liegen, dass es im flächenmäßig kleinen Kaukasusstaat nur eine Zeitzone geben kann. Nach meiner morgendlichen Ankunft mit dem Nachtzug aus der Hauptstadt Tiflis im westgeorgischen Sugdidi lernte ich Vertreter der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien (UNOMIG) und damit UNOMIG Time kennen. Im Missionsgebäude der Vereinten Nationen auf der ge-

orgischen Seite der Waffenstillstandslinie prangte an der Wand im Aufenthaltsraum die neue georgische Nationalflagge flankiert von zwei Uhren – UNOMIG Time und Georgian Time. Die Vereinten Nationen leisteten sich also für ihre Mission in Georgien eine eigene Zeit, die der Georgischen eine Stunde hinterher läuft. Warum? Erhellung brachte die Fahrt nach Suchumi in das abtrünnige Abchasien. Dort tickten alle Uhren nach Moskauer Zeit, also im Winterhalbjahr mit einer Stunde Unterschied zur Tifliser Zeit. Warum hat aber auch die Mission der Vereinten Nationen, die Georgien im Namen führt und für dessen territoriale Integrität eintritt, »Separatistenzeit« bzw. Moskauer Zeit? Ganz einfach: Das operative Hauptquartier der UN-Mission liegt nun einmal im abchasisch-kontrollierten Suchumi. Praktische und diplomatische Lösung: UNOMIG Time!



UNOMIG- und Georgien-Zeit

Ass. iur. Michael Heidrich, Jahrgang 1974, geboren in Dresden, hat Anfang 2001 sein Jurastudium mit dem 1. Staatsexamen abgeschlossen. Danach arbeitete er als wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten in Berlin. Anschließend baute er als Lektor der Robert Bosch Stiftung das Masterprogramm für Europäischen Rechte an der Iwane Dschawachischwili Staatsuniversität in Tiflis/Georgien mit auf und unterrichtete ein Jahr vor Ort. Es folgte das Referendariat in Dresden, Speyer (DHV) und Sarajewo (Europarat) mit dem 2. Staatsexamen Ende 2004. Parallel dazu war er Tutor bei Prof. Dr. Dr. von Schorlemer in Dresden und im Rahmen des Promotionskollegs von 2005 bis 2007 Gastdozent in Tiflis/Georgien jeweils für Europa- und Völkerrecht. Seit 2007 ist er Lehrbeauftragter an der Juristischen Fakultät und am Zentrum für Internationale Studien der Technischen Universität Dresden zum Thema »EU-Konfliktmanagement auf dem Balkan und im Südkaukasus«. Derzeit arbeitet er als Referent des CDU/CSU-Fraktionsvizes Arnold Vaatz im Deutschen Bundestag.

Bukarest – Rumänien

Erinnerungen an den Kommunismus. Familienbiographien im Prozess gesellschaftlicher Transformation



Valeska Bopp-Filimonov

Erster Jahrgang

Fachbereich:
Geschichte

Gastinstitution:
Universität Bukarest,
Fakultät für Geschichte

Betreuung:
Prof. Dr. Wolfgang Höpken
(Universität Leipzig)

Bei meinen zahlreichen Rumänien-Aufenthalten erstaunte mich immer, wie in der Öffentlichkeit die kommunistische Vergangenheit verhandelt wird. Ob in den Zeitungen oder in Gesprächen mit Taxifahrern: »Kommunismus« wird entweder glorifiziert als bessere Vergangenheit oder aber zu einem Verbrechen erklärt. Zwischenstimmen schien es nicht zu geben, so dass ich mich fragte, wie rumänische Bürgerinnen und Bürger die Abschnitte ihres Lebens zwischen 1947 und 1989 reflektieren – die Zeit, die seit 1989 sehr pauschal verhandelt und gleichzeitig stark umstritten ist. Auf einem allgemeineren Level beschäftigte mich dabei die Frage nach dem Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Erinnerungsnarrativen, das, wenngleich es eine Vielzahl an Studien und Forschungen zu Erinnerung und Gedächtnis gibt, oft nur ein Nebenschauplatz bleibt.

In meiner Arbeit bildet der Stand des öffentlichen Diskurses den Einstieg, der auch die Sprache und Argumente der öffentlich machbaren Aussagen zum Thema »Kommunismus« spiegelt. Dabei wird deutlich, dass der Verurteilungsduktus überwiegt, der stark moralisierend unterfüttert wird und mittlerweile einhergeht mit einer Verurteilung der ersten Machtelite nach 1989, der die Revolutionsopfer angelastet werden. Dieser insgesamt negative Duktus, der kaum Angebote zu Erklärungen des Systems in seinen verschiedenen Phasen und in seinen »Alltagen« macht, wirkt sich verunsichernd auf die lebensgeschichtlichen Darstellungen aus. Entsprechend vorsichtig und verschleiern wird von eigenen Anpassungen an das System berichtet.

Ältere Zeitgenossen interpretieren zwar oft scheinbar selbstsicher ihr Leben, überspringen aber oft Details aus ihrem Leben während des kommunistischen Systems – und damit mögliche Krisen und Kompromisse. Ihre Kinder, bereits im »neuen System« geboren, sehen ihr Leben wesentlich ambivalenter. Der postkommunistische Diskurs konfrontierte sie in einer Deutlichkeit mit der verbrecherischen Seite des Systems, wie es ihre Erfahrungen während dieser Zeit nicht konnten. Die jüngste (Enkel-)Generation gibt sich wiederum erstaunlich selbstbewusst und empfindet ihre Kindheit als unkompliziert, wenngleich auch Mangel und notorisches Schlangestehen Thema sind.

In allen Lebensgeschichten überlagern sich gegenwärtige mit vergangenen Diskursen und bilden mit den Einflüssen familiärer Diskurse einen je individuell verwobenen Teppich. Damit ist die Arbeit nicht nur ein Spiegel postkommunistischer

Diskurse; vielmehr erzwingt die Wiedergabe der erzählten Lebensverläufe Rückblicke, und es lassen sich Handlungsoptionen während des kommunistischen Systems ablesen und vergangene Deutungsmuster, die nachwirken, herauslesen. Wird in der Gedächtnisforschung immer die Relevanz der Gegenwart für das Erinnern hervorgehoben, führt meines Erachtens erst das Erkennen von Deutungsrelikten aus vergangenen Zeiten zu einem besseren Verständnis der oft widersprüchliche Erzählpassagen enthaltenden biographischen Texte. Somit ergibt die Arbeit durch das Prisma biographischer Mosaik ein drei Generationen umfassendes Zeitspektrum, und eine besondere Perspektive auf Geschichte und Verarbeitung des sozialistischen Systems in Rumänien.

Forschungsbericht aus Rumänien

Ich habe die Zeit des Promotionskollegs als unheimlich austausch-stark in Erinnerung, da ich in ganz verschiedenen Kontexten die eigenen Arbeitsthemen und Zwischenergebnisse erproben konnte. Dazu gehörten zuallererst spannende Diskussionen im Rahmen des Unterrichts mit Masterstudierenden in Geschichte



»Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten« in Rumänien 2006 (Die Aufschriften bedeuten: »Es lebe die EU« | »Es lebe Ceaușescu«, »Rumänien heute ...«; aus: Libertatea, 20.12.2006, S. 2)

Ost und West«, den Katharina Lampe, Boshlektorin aus (und in) Ruse, Bulgarien, veranstaltete. Eine ebenfalls multiperspektivische Veranstaltung war das Mitteleuropa-Forum der DGAP, das im Jahr 2006 unter dem Dachthema »Gegenwart der Vergangenheit? Die politische Aktualität historischer Erinnerung in Mitteleuropa« stand, auf dem sich engagierte Diskussionspartner mit ähnlichen Themenschwerpunkten fanden, mit denen ich zum Teil bis jetzt in Verbindung stehe. Und nicht zuletzt: Die regelmäßigen Treffen der Kollegiaten, bei denen es um Erfahrung- und Forschungsaustausch ging. Für mich mit besonderer Bedeutung versehen war

an der Universität Bukarest. Dann ist der Forschungsaufenthalt an der CEU in Budapest zu nennen, mit seiner ausgezeichneten Osteuropa-Bibliothek und ausgesprochen engagierten Doktoranden, von denen sich viele ebenfalls mit der kommunistischen Zeit befassen. Eine thematisch-didaktische Aufbereitung eines Teilaspekts der Dissertation war die Konzeption eines Workshops zu »1989« in südosteuropäischer Perspektive für ein trinationales Seminar zu »Balkan-Bildern in

das Kollegiatentreffen in Minsk – weil es mir erlaubte, einige Ausschnitte eines Alltags in einem autoritären System, von dem ich sonst nur aus den Erinnerungen meiner InterviewpartnerInnen hörte, zu erleben.



Palast des Volkes in Bukarest

Valeska Bopp-Filimonov, M. A., Jahrgang 1977. Sie studierte Kulturwissenschaften, Germanistik und Kommunikations- und Medienwissenschaften an der Universität Leipzig. Nach Abschluss ihres Studiums 2004 lehrte sie als Sprachlektorin der Robert Bosch Stiftung an der Staatlichen Technischen Universität Perm, Russland. Seit Sommer 2005 promoviert sie zu Familienbiographien im Prozess gesellschaftliche Transformation in Rumänien. Zu ihrem anderthalbjährigen Forschungsaufenthalt im Rahmen des Promotionskollegs in Rumänien gehörte Lehre an der Fakultät für Geschichte an der Universität Bukarest sowie ein mehrwöchiger Aufenthalt an der Central European University in Budapest. Gegenwärtig arbeitet sie als wissenschaftliche Angestellte am Historischen Institut der RWTH Aachen, von wo sie auch ein von der VolkswagenStiftung gefördertes und in Temesvar, Rumänien, angesiedeltes Graduiertenkolleg zur Begriffsgeschichte koordiniert.

Budapest – Ungarn

Politische Parteien ethnischer Minderheiten in Ost- und Südosteuropa, Slowakei – Rumänien – Bulgarien

Ethnische Minderheiten polarisieren im politischen Prozess in Ost- und Südosteuropa. Die Debatten gehen von historischen Belastungen wie der osmanischen Besetzung Bulgariens aus oder entzünden sich an topographischen Namen in Schulatlanten wie in der Slowakei, sprechen Autonomiebestrebungen der ungarischen Minderheit in Rumänien an oder kritisieren die Verflechtung mancher Minderheiten mit »Mutterländern«. In Bulgarien, Rumänien und der Slowakei sind Minderheiten ein tägliches Politikum, das bei Themen wie der (inter-)nationalen Kritik an Roma-Ghettos oder die klientelistische und korrupte Verwendung von EU-Fördermitteln kaum jemanden kalt lässt.

Die Idee, eine Arbeit über Parteien von ethnischen Minderheiten in Bulgarien, Rumänien und der Slowakei zu schreiben, entstand bereits bei einer früheren Forschungsarbeit zu den Parteiensystemen in Bulgarien und Rumänien nach der Demokratisierung. Bei der Beschäftigung mit den Parteiensystemen in den beiden letztgenannten Ländern war aufgefallen, dass manche Parteien von ethnischen Minderheiten augenscheinlich konstant Wählerzuspruch erfahren, nicht den inflationären Auflösungstendenzen anderer Parteiformationen unterliegen und immer wieder in Regierungsverantwortung kommen, die nicht unumstritten ist.

Dabei wurde auf ein Grundproblem moderner Demokratien in West- wie auch Osteuropa abgezielt. Dieses besteht im Mehrheitsprinzip als Grundlage für den politischen Entscheidungsprozess, das Demokratien eigen ist. Das Problem besteht darin, dass das Mehrheitsprinzip eine größtmögliche Übereinstimmung von politischen Repräsentanten/-innen und Bürgern/-innen voraussetzt. Übrig bleiben diejenigen, die überstimmt wurden und sich in der Minderzahl befinden. Gerade in heterogenen oder sogar segmentierten Gesellschaften, wo die Trennlinien anhand bestimmter Kriterien, etwa ethnischer, klar sind und in bestimmten politischen Fragen auch immer wieder in unveränderter Form zu Tage treten, wird diese Problematik zu einer Herausforderung.

Minderheiten müssen nicht per se ihre Interessen über eigene politische Parteien artikulieren, tun dies aber in den drei ausgewählten Ländern. Insofern ist das zentrale Thema der Forschungsarbeit, welche Faktoren die Bildung von Parteien ethnischer Minderheiten beeinflussen, vielleicht sogar begünstigen. Besonders auffällig in allen drei Ländern ist die fortdauernde Politisierung und zum Teil auch Polarisierung der Minderheitenthematik im Parteienwettbewerb. Einerseits



Christian Autengruber

Erster Jahrgang

Fachbereich:
Politikwissenschaft

Gastinstitution:
Deutschsprachige
Andrássy Universität
Budapest, Fakultät für
Vergleichende Staats- und
Rechtswissenschaften

Betreuung:
Prof. Dr. Dorothée de Nève
(Martin-Luther Universität
Halle-Wittenberg)

sind dafür Prozenzhürden im Wahlrecht ausschlaggebend, die auf Parteien von Minderheiten einen großen Druck ausüben, ihre ethnisch definierte Wählerschaft an sich zu binden bzw. sich klar von anderen Parteien abzugrenzen. Andererseits geschieht zu bestimmten Zeitpunkten in allen drei Ländern diese Polarisierung auch mit einer politischen Gegenseite, die ethnisch nationale und ausgrenzende Strategien verfolgt. Bei unzähligen Länderbesuchen und Interviews wurde klar, dass die Parteien in den drei Ländern unterschiedliche Strategien verfolgen, um im Parteienwettbewerb erfolgreich zu sein, etwa durch eine Inkorporierung von verschiedenen Interessen in einer Minderheitengruppe durch organisatorische Ausdifferenzierung, eine Bindung der Minderheit durch Leistungsdistribution, aber auch durch eine ideologische Öffnung in Richtung einer breiten Bevölkerungsgruppe. Klar wurde aber auch, dass es in allen Ländern Minderheitengruppen gibt, die im Parteienwettbewerb nicht erfolgreich sind – am prominentesten die Roma-Gruppen. Die Arbeit lässt auch den Schluss zu, dass die politischen Systeme in allen drei Ländern noch keine ausreichend funktionalen Instrumente ausgebildet haben, die eine Interessensartikulation der Minderheiten abseits des Parteienwettbewerbs zulassen.



Nationaldenkmal für den Ungarischen Aufstand 1956

Forschungsbericht aus Ungarn

Der Reiz des Promotionskollegs lag darin, dass die akademische Beschäftigung mit einem Thema mit Alltagserfahrungen in Kontrast gesetzt werden konnten. In meinem Fall bedeutete die Auseinandersetzung mit Minderheitenthemen auch kontroverse Diskussionen mit ungarischen Studenten an der Andrassy Universität

in Budapest, die »ihre« Minderheiten in Rumänien oder der Slowakei verteidigten, das Unverständnis vieler Bulgaren/-innen und Rumänen/-innen für Minderheiten in neu aufwallenden nationalistischen Gefühlen und recht klaren Meinungen über das, was bulgarische, rumänische oder slowakische Identität bestimmt und was nicht. Bei einem Forschungsaufenthalt am Flensburger European Centre for Minority Issues (ECMI) konnte nicht nur der wissenschaftliche Hintergrund der Forschung erweitert, sondern auch Einblick in vielfältige praktische Projektarbeit in Südosteuropa oder im Kaukasus zur Stärkung von Minderheitenpartizipation gewonnen werden. Der Rahmen des Kollegs ermöglichte auch fachliche Einblicke in andere Wissenschaftsdisziplinen und einen regen Erfahrungsaustausch über Lebenswelt von Ungarn bis Kirgistan und unzählige Kontakte für die Zeit nach dem Kolleg und der Promotion.



Fischerbastei in Budapest

Christian Autengruber, M. A. in Politikwissenschaft, Jahrgang 1979, hat an den Universitäten Innsbruck, München und Rennes (Frankreich) Politikwissenschaft studiert und sein Studium 2003 abgeschlossen. Anschließend Studium an der Diplomatischen Akademie in Wien (Diplomprogramm). Unterrichtserfahrung als Lektor der Robert Bosch Stiftung an der Angel-Kantschew-Universität, Ruse (Bulgarien). Im Rahmen des Promotionskollegs des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung war er an der deutschsprachigen Andrassy Universität in Budapest tätig. Forschungsgebiet seiner Dissertation sind politische Parteien von ethnischen Minderheiten in der Slowakei, in Rumänien und in Bulgarien. Weitere Interessenschwerpunkte gelten den Parteiensystemen in Transformationsländern insgesamt, den politischen Systemen Österreichs, Deutschlands und der Schweiz sowie der Europäischen Integration. Seit Anfang 2008 arbeitet Christian Autengruber im Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten in Wien und ist aktuell Presseattaché an der Österreichischen Botschaft in Prag.

Budapest – Ungarn

Deportiert – zwangsverpflichtet – »displaced«. Ungarische Jüdinnen im Holocaust und die Erinnerung an die Verfolgung im Kontext von Re-Migration und Emigration



Doreen Eschinger

Erster Jahrgang

Fachbereich:
Geschichte

Gastinstitution:
Eötvös Loránd Universität
in Budapest, Fakultät für
Sozialwissenschaften

Betreuung:
Prof. Dr. Sigrid Jacobeit
(Humboldt-Universität
Berlin)

Bereits für meine Masterarbeit bin ich dem Schicksal der ungarischen Jüdinnen nachgegangen. Im Fokus stand damals das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück. Die Dissertation baut darauf auf, nimmt aber neben der Lagergeschichte auch das »Leben nach dem Überleben« in den Blick. Dafür wurden 27 Interviews mit ungarisch-jüdischen Frauen geführt, die heute in Ungarn, in Israel und den USA leben und 1944 in verschiedene Konzentrationslager deportiert worden waren.

Die Arbeit ist sozialgeschichtlich angelegt und analysiert ihre Erfahrungen im Kontext historischer Ereignisse – vor der Besetzung Ungarns durch die Deutschen im März 1944, in den Lagern, nach dem Krieg zurück in der Heimat bzw. in der Emigration bis zum heutigen Tag. Bei der Auswertung der Interviews war zu beachten, wie sich der Erinnerungsdiskurs über den Holocaust in den Ländern, die nach 1945 als Wohnort gewählt wurden, entwickelte. So wird die Frage, welche Rückwirkung die politische und kulturelle Funktionalisierung der Opfer bei der Popularisierung der Judenvernichtung auf die Betroffenen, die heute noch leben hatte, anhand ausgewählter Biographien vergleichend herausgearbeitet. Beobachtungen, die ich während der Interviews und ihrer Transkription in Gedächtnisprotokollen notiert habe, führten bisher u. a. zu folgender These: Zwar gleichen sich die Narrative aufgrund ähnlicher Verfolgungserfahrungen für die Zeit bis 1945, doch für den Abschnitt nach der Befreiung, und hier vor allem in Bezug auf die erfolgte bzw. nicht erfolgte Aufarbeitung der individuellen (Über-)Lebensgeschichte, existiert keine kollektive »typisch ungarische« Narration. Die Biographien bezeugen den individuellen Umgang der Frauen mit ihrer Vergangenheit. Um die Problematik des Überlebens zu erkunden, wurden sozialpsychologische Theorien (»Coping« aus der Stress-Forschung) hinzugezogen. In den Gesprächen beschrieben meine Interviewpartnerinnen Alltägliches in verschiedenen Erfahrungswelten. Dem Überlebenskampf im totalen System der Konzentrationslager stehen die oftmals als »unbeschwert« und »friedlich« beschriebene Zeit vor der Deportation (d. h. die Kindheits- und Jugendjahre) sowie das Leben in der Nachkriegsgesellschaft gegenüber – Zeiträume, die Überlebende oft als ihr »erstes, zweites und drittes Leben« bezeichnen. Die Deportation, die Befreiung, der Versuch, sich nach dem Überleben ein neues Leben aufzubauen – diese Ereignisse stellen Wendepunkte dar, in der veränderte Verhaltensweisen entwickelt werden mussten. Inwiefern die Frauen dabei auf gewohnte Handlungsstrukturen zurückgreifen konnten,

um die jeweils neue Realität ihres Seins (als unfreier Häftling im Lager, als Fremde in der Emigration...) zu bewältigen, wird unter Beachtung des Alters, der religiösen und sozialen Herkunft sowie der Geschlechtszugehörigkeit herausgearbeitet. Als Interpretationsmethode wurde eine qualitative Inhaltsanalyse in der Tradition der Hermeneutik gewählt, die menschliches Verhalten verstehen und nicht erklären will. Sie fragt, wie sich die erzählende Person selbst darstellt und wie sie über den Umgang mit ihren lebensgeschichtlichen Erfahrungen berichtet. Dabei werden die Erzählungen auf der Ebene des erlebten und auf der des erzählten Lebens sowie der Bedeutung für die retrospektive Betrachtung ihres Lebens analysiert. Vor allem bei Fragen nach den Identitätskonzepten und Lebensentwürfen der Frauen konnte so der Versuch unternommen werden zu verstehen, »wie sich ein Mensch den Gang seiner eigenen Entwicklungsgeschichte plausibilisiert, erklärt und wie



Synagoge in Budapest

er sich in normativ-evaluativer Hinsicht zu seiner Geschichte verhält«. (Vgl. Ilka Ouindeau, Trauma und Geschichte, Frankfurt/M 1995, S. 88).

Konferenz: Von der Emanzipation zur Erinnerung

Im März 2007 fand am Holocaust-Dokumentationszentrum (Holocaust Dokumentációs Központ és Emlékgűjtemény Közalapítvány) in Budapest eine internationale Konferenz für Nachwuchswissenschaftler statt, die ich in Zusammenarbeit mit dem pädagogischen Team des Dokumentationszentrums organisiert habe. Als Geldgeber konnte die Friedrich Ebert Stiftung gewonnen werden. Unter dem Titel: »From Emancipation to Remembrance: New Approaches to Research on

Hungarian Jewry and the Holocaust in Hungary» trafen Doktoranden aus den Vereinigten Staaten, Deutschland, Österreich, Ungarn, Israel, Rumänien, Schweden und Finnland auf renommierte Wissen-



schaftler aus dem In- und Ausland, die die Vorträge als Experten kommentierten. Am ersten Abend hielt Tim Cole von der Universität Bristol, der sich bereits in mehreren Büchern und zahlreichen Aufsätzen mit der Thematik des Holocaust in Ungarn beschäftigt hat, den Eröffnungsvortrag. An den darauf folgenden Tagen wurde in sechs Panels ein Themenspektrum bearbeitet, das von der Emanzipation der ungarischen Juden im 19. Jahrhundert bis zur öffentlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung des Holocaust in Ungarn reichte. Als Tagungsort wurde das im Jahre 2006 eröffnete Dokumentationszentrum gewählt – es ist das erste Museum in Osteuropa, das sich mit der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung auseinandersetzt.

Ein Besuch in der beeindruckenden Ausstellung des Zentrums, ein Abendessen in einem koscheren Restaurant sowie eine Stadtführung durch das »jüdische Budapest« rundeten das Programm schließlich ab.

Doreen Eschinger, Jahrgang 1977, M. A., Neuere/Neueste Geschichte, Neuere deutsche Literatur und Europäische Ethnologie, hat an der Humboldt-Universität zu Berlin sowie am Gustavus-Adolphus-College Minnesota/USA, studiert und ihr Studium im September 2003 abgeschlossen. Seit 2005 promoviert sie an der Humboldt-Universität im Fachbereich Geschichtswissenschaften (Betreuerin: Prof. Dr. Sigrid Jacobeit). Im akademischen Jahr 2004/2005 war sie Lektorin der Robert Bosch Stiftung für Deutsch als Fremdsprache an der Universität Miskolc (Ungarn). Als Stipendiatin im Promotionskolleg des Lektorenprogramms der Robert Bosch Stiftung lebte sie von 2005–2007 in Budapest. Dort unterrichtete sie an der Eötvös Loránd Universität im Rahmen des »Unesco Ethnic and Minority Studies Program« Neuere/Neueste Geschichte. Im März 2007 organisierte sie ein internationales Doktorandenkolloquium zur Geschichte des ungarischen Judentums am Holocaust Museum Budapest. Ihr besonderes Interesse gilt der Geschichte der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, speziell dem Holocaust sowie der Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. 2006 und 2007 führte sie Forschungsaufenthalte am United States Holocaust Memorial Museum sowie am Deutschen Historischen Institut in Washington, DC, am YIVO – Center for Jewish Studies in New York City, NY, sowie in Yad Vashem / Jerusalem durch.

Anhang

Kollegseminare

Vorbereitungsseminar und Qualifikationsseminar in Kreisau und Berlin

27.6.–9.7.2005

Fortbildungen: Zeit-, Selbst- und Promotionsmanagement / Wissenschaftliches Schreiben und Lesetechniken / Internetgestützte Rechartechniken / Professionelle Textverarbeitung

Zweites Qualifikationsseminar in Berlin

15.1.–22.1.2006

Fortbildungen: Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens: Interview / Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens: Qualitative Inhaltsanalyse

Vorbereitungsseminar und drittes Qualifikationsseminar in Kreisau und Berlin

2.7.–15.7.2006

Fortbildungen: Wissenschaftliches Schreiben II / Professionelle Textverarbeitung / Organisation und Selbstreflexion des Promotionsprozesses / Wissenschaftliches Schreiben I (Schreib-Coaching)

Zwischentreffen des Lektorenprogramms und Winterseminar in Minsk

11.12.–15.12.2006

Landeskundliche Fortbildung

Zwischentreffen des Lektorenprogramms und Frühjahrsseminar in Werftpfuhl

9.4.–15.4.2007

Fortbildungen: Wissenschaftsenglisch / Bewerbungstraining

Sommerseminar in Berlin

12.8.–17.8.2007

Fortbildung: Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens: Das Qualitative Interview –Vorbereitung, Durchführung, Auswertung

Winterseminar in Warschau

16.12.–20.12.2007

Landeskundliche Fortbildung

Frühlingsseminar in Berlin

22.4.–24.4.2008

Fortbildung: Professionelle Textverarbeitung

Impressum

© August 2009

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e. V.

Rauchstraße 17/18

10787 Berlin

Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0

Fax: +49 (0)30 25 42 31-16

Fotos

Dirk Enters (Titel und Porträtfotos), Eva Knoll (S. 6 oben), René Engel (S. 34, großes Foto, S. 35), sowie die Programmteilnehmer

Satz und Umbruch

Tilman Chladek

